

**Endlich!**  
**Vermummungsgebot!**  
**&**  
**Corona und „Behinderte“**  
**Nazis im Bannkreis**  
**Interview mit „Rock gegen Rechts“**

**ZEITUNG ALS PDF UNTER TERZ.ORG**

**THE ADVENTURES OF  
MARX-MAN  
AND ENGELS-BOY**



Hygienisch habe die Krise,  
abgesehn von der Verbannung der  
Arbeiter aus der Fabrikatmosphäre,  
vielerlei andre Vorteile.

Die Arbeiterfrauen fänden jetzt die  
nötige Muße, ihren Kindern die  
Brust zu reichen (...). Sie hätten  
die Zeit gewonnen, kochen zu lernen.

MEW Bd. 23, S. 416

ANZEIGE

**SÄGEWERK ★ TRANSPORTE**

**Nah-  
&  
Fern-  
Umzüge**

Pinienstr. 23a  
40233 Düsseldorf 02 11 / 2 39 55 13

**SÄGEWERK ★ TRANSPORTE**

Hier findet Ihr uns – einige ausgewählte Auslagestellen der

**TERZ IN TOWN:**

- |                           |                             |
|---------------------------|-----------------------------|
| HSD-AStA                  | Münsterstraße 156           |
| White Rabbit              | Birkenstraße 126            |
| Regenbogenbuchladen       | Lindenstraße 175            |
| Beethoven                 | Beethovenstraße 38          |
| Café Luso                 | An der Icklack 2            |
| Kulturbureau K4           | Kiefernstraße 4             |
| Zakk                      | Fichtenstraße 40            |
| Kassette                  | Flügelstraße 58             |
| Pitcher                   | Oberbilker Allee 29         |
| LiZe Hinterhof            | Corneliusstraße 108         |
| SHD                       | Kopernikusstraße 53         |
| BiBaBuZe                  | Aachener Straße 1           |
| Tigges                    | Brunnenstraße 1             |
| Metropol                  | Brunnenstraße 20            |
| Café Grenzenlos           | Kronprinzenstraße 113       |
| Café Modigliani           | Wissmannstraße 6            |
| Frida                     | Bilker Allee 4              |
| Blende                    | Friedrichstraße 122         |
| Frauenberatungsstelle     | Talstraße 22-24             |
| Pauls                     | Düsseldorfer Straße 82      |
| Souterrain Kino im Muggel | Dominikanerstraße 4         |
| Destille                  | Bilker Straße 46            |
| Zum Goldenen Einhorn      | Ratinger Straße 18          |
| Cinema                    | Schneider-Wibbel-Gasse 5-7  |
| Hitsville Records         | Wallstraße 21               |
| FFT Kammerspiele / Juta   | Jahnstr. 3 / Kasernenstr. 6 |
| Waschsalon Rapido         | Charlottenstr. 87           |
| WP8                       | Worringer Platz 8           |
| Stadtbücherei             | Bertha-von-Suttner-Platz    |

# idiotoreal

Jetzt schon die dritte TERZ unter Corona-Bedingungen. Dieses Mal trauern wir dem „Rock gegen Rechts“-Festival nach, das ausfallen muss (S. 16/17), wagen aber auch schon einmal einen Ausblick auf bessere Kultur-Zeiten. Wir veröffentlichen einen Artikel der

Kulturliste, die ärmeren Menschen den Zugang zu Theatern, Museen und Konzerten ermöglicht (S. 14/15). Nach der Pandemie dürfte sich ihre Kundschaft nämlich nicht unerheblich vergrößern. Zudem hat die TERZ weiter diejenigen im Blick, die in Zeiten wie diesen besonders leiden. Im vorliegenden Heft widmen wir uns

den Menschen mit Behinderung (S. 14/15). Und dann wären da noch diejenigen, für die das Problem gar nicht existiert, sondern von Bill Gates erfunden wurde. In Düsseldorf verschwörungstheoretisieren sie ebenfalls und ebenfalls mit Neonazis mittenmang (S. 6/7). Das ist genau das, was gerade noch fehlte.

## impressum Inhalt

Herausgeber: FGK e.V.  
Himmelgeister Str. 107a  
40225 Düsseldorf

V.i.S.d.P.: A. Hoffstadt  
Cover: UliXXX

Druck: Neuer Weg, Essen  
Erscheinungsweise: monatlich  
Ausgabe: Nummer 306  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7; 1/07

Anzeigenschluss: 15. des Vormonats  
Red.-Schluss: 12. des Vormonats

Telefon: 0211 / 9347787  
(Do.-Abend, sonst AB)  
E-Mail: terz@free.de  
Internet: <http://www.terz.org>

Bankverbindung:  
Bank: GLS Gemeinschaftsbank eG  
Kto.-Inh.: FgK e.V.  
IBAN: DE12 4306 0967 4101 9787 00

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der Verfasser\*innen und geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber\*innen oder gar des/der V.i.S.d.P. wieder.

Nachdrucke sind mit Quellenangabe und gegen Belegexemplare an die Redaktion erwünscht. Zwei Belegexemplare des Druckwerkes an:

TERZ / FGK e.V.  
Himmelgeister Str. 107a  
40225 Düsseldorf

Jedes Knastfreiexemplar bleibt Eigentum der Herausgeber\*innen, bis es den Gefangenen ausgehändigt ist. Zurhabenahme ist keine Auslieferung.

Leser\*innenbriefe können aus Platzgründen gekürzt werden.

TERZ ist ein Zeitungskollektiv, das offen ist für jede Form von Mitarbeit und Unterstützung. Wir wollen politische und kulturelle Initiativen in dieser Stadt aufgreifen, Missstände thematisieren und die Begrenztheit der Kommunikation sozialer Bewegungen durchbrechen. Deshalb brauchen wir Eure Unterstützung in Form von Infos, Artikeln, Meinungen und Terminen. (Redaktionsschluss ist der 12. des Vormonats).

Nutzt TERZ als Forum  
für Diskussion und Streitkultur!

### LAUSIGE ZEITEN 4-5

*kurzmeldungen, diesmal u. a. mit ausfall-honoraren, online-übergriffen und spargel-stecher\*innen*

### RECHTER RAND 6-7

*nazis? welche nazis? – zum umgang von stadt und polizei mit „corona-demos“*

### RECHT AUF STADT 8-9

*die wohnraumschutzsatzung: eine erste bilanz des bündnisses für bezahlbaren wohnraum*

### AM PRANGER 9

*profifußball und moralphilosophie in zeiten der corona-pandemie*

### SOLIDARITÄT (I) 10-11

*andere perspektiven aus der krise: über die pflege von menschen mit behinderung*

### SOLIDARITÄT (II) 12

*maker vs. virus: diy-produktion von faceshields mit 3d-druckern*

### HSD-SEITE 13

*der anti-fa-arbeitskreis der hochschule düsseldorf informiert über die extreme rechte in kroatien*

### SEI (NICHT) DABEI 14-15

*kulturstadt für alle? – ein bericht über die arbeit der kulturliste düsseldorf e. v.*

### SZENE 16-17

*rock gegen rechts fällt dieses jahr leider aus – wir sprachen mit zwei leuten vom orga-team*

### BOOKS 18

*equal care: wer kümmert sich ums kümmern und was das mit freiheit macht*

### CULTIGE ZEITEN 19-20

*es gibt sie wieder: veranstaltungshinweise aus politik & kultur – wer wo wann wofür wogegen*



# SCHAU MIR INS AUGE KLEINES!

VON BIGBROTHER ZUM WORRINGER PLATZ

Nun kommt sie also doch, die Videoüberwachung von Düsseldorf-Strassen und Plätzen. Möglich machte es noch kurz vor der Landtagswahl die alte rot/grüne Landesregierung. Im Rufe nach law and order will sie die CDU noch rechts überholen. Dafür gab es auch brav ein Lob von Psycho Erwin, seines Zel-



Nach dem Willen des OB sollen schon im Sommer die ersten Videokameras in der Stadt auf Bürger- und Bürgerinnen gerichtet sein. Die Wunschliste der überwachenden Strassen und Plätze ist auch nicht bekannt. Momentan ist auf jeden Fall der Worringer Platz im Gespräch. Observieren darf jedoch nur die Polizei. Jede öffentliche Dienstleistung muss sie auch selbst finanzieren. Ob jedoch die Düsseldorf-Polizei so ohne weiteres mitziehen wird erscheint fraglich. Auch wenn Erwin das gerne hätte, noch ist der Polizeipräsident Dykowski nicht von ihm weisungsbefehlet. Er hat sich gegen die Videoüberwachung ausgesprochen, die seiner Meinung nach kein Problem löst. Mit der Videoüberwachung verliere sich nur die Kriminalität in die nicht beobachteten Gassen. Der Streit zwischen den beiden Parteilichkeiten ist noch nicht ganz ausgestanden. Dykowski hat gute Chancen, die Videoüberwachung, vielleicht nicht ganz zu kippen, aber zumindest die Wunschliste des OB erheblich zu kürzen, denn im verabschiedeten Gesetz der alten rot/grünen Landesregierung gibt es ein paar Einschränkungen. Der CDU waren diese schwammigen Formulierungen zueigen, sie lehnte das Gesetz als nicht weitgehend genug ab. Nach der Änderung des Polizeigesetzes können nun Strassen und Plätze überwacht werden, wenn dort wiederholt Straftaten begangen wurden und weitere zu erwarten sind. Dies ist auch der Punkt, an dem der Polizeipräsident meint, Videokameras verhindern zu können. In der Kriminalitätsstatistik taucht der gewünschte Worringer Platz nicht als Schwerepunkt auf und fällt somit nicht unter die vom veränderten Polizeigesetz gedeckten Voraussetzungen. Dem OB ist dies jedoch vollkommen egal. Er will Kameras und damit Punkt. Ein kleiner Exkurs nach Köln-Hörn.

**BIG BROTHER**  
Alle waren sich einig, egal ob Pastor, Journalist, Politiker oder Medienwächter. Die Sendung

"Big Brother" gehört sich nicht und sollte boykottiert werden. Die ganzen schmierigen gefetteten Opfereizer und ihre Frisurenfeindinnen hielten sich aber nicht daran und machten die 24 Stunden Totalüberwachung zur neuen Kalendernagel. Nach der Teufelverurteilung kam der kritische Medienhype. Selbst ein Jürgen Möllemann zeigte sich im Landtagswahlkampf modifiziert am "Big Brother" Haus in Hürth. Ein Isotz, dass die oben aufgeführte Zielgruppe eher einem Klischeebild entsprang. Die Realität ist eher das gute Durchschnittsdeutsche Stundchen vor dem Fernseher sitzt oder auf der entsprechenden Internetseite live sich ansieht, wie nichtsagende Leute nichtsagende Sachen machen. Da wird das Nusepelle zur Sensation stilisiert.

Früher war die Bezeichnung "Big Brother" Synonym für den bösen Staat. Im Buch "1984" von George Orwell war damit der Staat gemeint über seine BürgerInnen die totale Kontrolle ausübt. "Big Brother is watching you" war die kritische Parole die den Ausbau des deutschen Staates zum Überwachungsstaat in den 70/80er Jahren begleitete. Obwohl wohl die Mehrheit dies begrüßte, gibt es bis heute eher ein Unwohlsein als den Staat denn nun so alles von einem Weis in den Urfragen zeigt sich, dass dem Staat zumindest in diesem Sinne alles Schlechte zugeht.

Mit ihrer neuen Serie, dessen Vorläufer in den Niederlanden lief und mittlerweile in mehreren europäischen Ländern ausgestrahlt wird, kommt RTL II die zweifelhafte Ehre zuteil einen Bedeutungswechsel des "Big Brother is watching you" Slogans erreicht zu haben. Die ehemals bedrohliche Aussage ist nun ein Synonym für das Hip-Hop-Stein. Die eigene Präsentation, das Posen, ist wichtig, alles andere nebensächlich. Man will zeigen, man gehört dazu. Die Neuformierung der Gesellschaft schließt immer mehr Menschen aus. Über Marktidentitäten werden sichtbare Wertvorstellungen geschaffen, die sich aber immer weniger leisten können. Im Konkurrenzkampf der Individuen ist jedes Mittel recht um janzu zu gehören. Somit wird auch der private Bereich geöffnet. Die

Zunahme von Webcams aus dem privaten Bereich nimmt ständig zu. Es gibt das Bedürfnis nicht nur sich und seinen privaten Bereich öffentlich zu präsentieren, sondern auch das Bedürfnis in bester Voyeurmanier sich anzuzusehen wie andere aussehen, wohnen und leben. Der dabei vorhandene sexuelle Aspekt erhöht nur zum Teil dieses Bedürfnis. An den massenhaften Talkshows in denen alle möglichen Leute ihre wahren oder ungewahren Geschichten erzählen ergötzen sich Millionen. Diese ganzen Talkshows, Webcams und Sendungen wie "Big Brother" sind die mediale Begleitmusik zur "lateren Sicherheit" Debatte. Das "Ich habe nichts zu verbergen" ist die neue Wahrheit, dessen Umkehrschluss bedeutet, dass man etwas zu verbergen hat, wenn man sich dem nicht unterwirft. Dies ist auch eine der Folgen der Debatte. Galt früher die Unschuldsvermutung, d.h. jeder gilt so lange als unschuldig bis er verurteilt wird, gilt mittlerweile jeder erst mal als verdächtig.

**JEDER EIN TATER**  
Videokameras besitzen genau diese Intention. In der visuellen Erfassung aller vor der Linse laufenden Personen, Tiere, Autos wird jeder unterschiedslos aufgezeichnet. Jeder gilt erstmal als potenzieller Bank-, Taschendiebstahl-, oder

chens OB von Düsseldorf, der sich damit einen Schritt näher seiner Zukunftsvision der Stadt wähnt. In der besitzen nur noch diejenigen alle Rechte, die auch Geld besitzen um sich einen kleinen Teil der schönen neuen Glitzerwelt zu kaufen. Für alle anderen gilt dann nur noch: tschüss.

anderer -lieber. Die zur Schau gestellte Kamerazugabe, hier kann es gefährlich sein. Sie untergräbt das "subjektive Sicherheitsgefühl". Das lässt sich aber mit Videokameras generell nicht beheben. Eine Videoüberwachung verhindert keine Straftaten. Der Trauma verlagert sich nur. Die Effizienz ist aber auch aus anderen Gründen fraglich. In einem 21 monatigen Grossversuch wurde in Leipzig ein Innenstadtbereich vollständig rund um die Uhr videoüberwacht. Es wurde zwar ein Kriminalitätsrückgang im überwachten Bereich festgestellt, der aber geringfügiger im gesamten Stadtgebiet zu verzeichnen war. Damit liegt Leipzig im bundesweiten Trend, da überall seit einigen Jahren die Kriminalitätsraten sinken. Trotz der Überwachung wurden in Leipzig unter den Augen der Kameras 1217 Straftaten (Diebstähle von und aus Kfz, Taschendiebstahl, Raubüberfälle, Körperverletzungen und Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz) begangen. Gerade einmal in 11 Fällen führten die Videoaufnahmen zur Aufklärung bzw. zu Festnahmen. Das sind noch nicht einmal 1% der Fälle. Trotzdem wird der Versuch als Erfolg gefeiert und im Land als Land als Argument für die Videoüberwachung angepriesen. Der spektakulärste Fall im Zusammenhang mit Videokontrolle fand 1993 in Grossbritannien statt. Bundesweit filmierte es durch die Nachrichten, dass die beiden jugendlichen Mörder eines zweijährigen Jungen

durch Videobilder gefasst wurden. Was so richtig sinnlos, aber trotzdem gerne als Argument für Videoüberwachung gilt.



**VISIONEN**

Die Problematik der Erfassung von Straftaten ist in sich begründet. Was kann überhaupt erfasst werden? Entweder man sieht die Totale, dann kann man aber keine Straftat, geschweige denn den Täter erkennen oder man zoomt auf eine vermeintlich verdächtige Person, dann kann man nicht mehr das Umfeld beobachten. Davon abgesehen flimmern über die Bildschirme hauptsächlich extrem langweilige Bilder, da in der Regel nichts passiert. Ein wahrlich toller Job. Deshalb ist es auch das Ziel die Videoüberwachung zu automatisieren. Das Problem der Videoüberwachung sind die enormen Datenmengen, die nicht zu bewältigen sind. Vor das Problem sah sich auch die Polizei von Manchester gestellt, die 1996 nach einem Anschlag der IRA 2000 Stunden Filmmaterial sichten musste. Da verwundert es nicht, dass das Ergebnis unbekannt geblieben ist. Fisherhaff arbeiten jedoch Ingenieure daran dieses technische Problem zu lösen. Im Londoner Stadtteil Newham sind 140 Kameras installiert, die an einen Rechner gekoppelt biometrische Merkmale auswerten und mit Daten von eingespicherten verdächtigen Perso-



nen abgleichen. Noch liegt die Fehlerquote aufgrund technischer Hardwaregrenzen bei 20%. Die Betonung liegt auf dem System. Die Firma NeuroMetric (USA) hat ein System entwickelt, das aus einer Menschenmenge pro Sekunde 200 Gesichter herausfiltert und in Sekunden mit Millionen von Bildern abgleichen kann. An der Universität von Leeds wird ein Rechercheprogramm gearbeitet, die auffälligen Verhaltensweisen zu sehen waren. Das oft angeführte Argument, dass sich das subjektive Sicherheitsgefühl gerade für Frauen erhöhen würde, entpuppt sich als Gegenstück. Im Fadenkreuz der Kontrollleure geraten gerade Randgruppen. Die konkrete Überwachung



... Kontrolle, Überwachung und Ausgrenzung. Vor 20 Jahren begann die Videoüberwachung des öffentlichen Raums in Düsseldorf.

**ausfall-honorare für vhs-dozent\*innen**

Die Honorar-Kräfte, die an der Volkshochschule unterrichten, gehören zu den prekär Beschäftigten. Sie erhalten geringe Stundenlöhne und sind sozial nicht abgesichert. Deshalb trifft diese Dozent\*innen die Corona-Krise besonders hart. Die Volkshochschulen in Köln, Bonn und Leverkusen haben sich daher dazu entschlossen,

den Lehrenden den wegen der Pandemie ausgefallenden Unterricht ganz oder teilweise zu vergüten. In Düsseldorf ist das bislang nicht der Fall. „Die VHS zahlt kein Ausfall-Honorar für Unterrichtsstunden, die Pandemie-bedingt ausgefallen sind“, antwortete die Stadt auf eine Anfrage von Bündnis 90/

Die Grünen. Die Partei fordert ebenso wie Die Linke und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, es den anderen Städten gleichzutun und Unterstützungsmaßnahmen zu beschließen. Die Linkspartei reichte zur Ratssitzung am 14.

Mai auch einen entsprechenden Antrag ein. Er konnte allerdings aus Zeit-Gründen nicht mehr behandelt werden und kommt erst am 18. Juni wieder auf die Tagesordnung.

SOLIANZEIGE



# BAYER

## Profite first

Topthema  
im neuen Magazin

[www.stichwort-bayer.de](http://www.stichwort-bayer.de) · [info@stichwort-bayer.de](mailto:info@stichwort-bayer.de)

Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf

facebook/Coordination

**STICHWORT BAYER**

*Konzerkritik konkret.*

**KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.**

### lock-up beim mieterschutz

Die nordrhein-westfälische Landesregierung lockert beim Mieter\*innen-Schutz. Kamen aufgrund der desaströsen Lage auf dem Wohnungsmarkt bislang 37 Kommunen in den Genuss schärferer Bestimmungen in Sachen „Mietpreis-Bremse“, „Mieterhöhungen“ und „Eigenbedarfskündigungen“, so sind es fortan nur noch 18. Den Freibrief zu der neuen Mieterschutz-Verordnung ließ sich Schwarz-Gelb wieder einmal von einem Gutachten erteilen. Dieses kam zu dem Schluss, „dass nur in zwölf Gemeinden eindeutig ein angespannter Mietwohnungsmarkt vorliegt“, bei sieben weiteren Städten hingegen lediglich „Anspannungstendenzen“. Neu-ss zum Beispiel fällt nicht mehr unter die Sonderregelungen, was Bürgermeister Reiner Breuer (SPD) empört: „Gerade in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Epidemie erst spürbar werden, wäre Sicherheit im Mieterschutz notwendig.“ Die kommunalen Spitzenverbände zweifeln derweil an der Qualität der von der Beratungsfirma Empirica erstellten Studie. Unter anderem verweisen sie auf veraltetes Zahlen-Material wie z. B. Leerstandsquoten aus dem Jahr 2011 und unvollständige, da die Großstädte aussparenden Daten zur Einkommenssituation der Mieter\*innen.

### online-übergriffe auf jüdische gemeinden

Corona hält Rechtsextremist\*innen nicht von ihrem Tun ab. Sie attackieren jüdische Gemeinden jetzt online. Weltweit störten die Neo-Nazis Veranstaltungen, die auf der Videokonferenz-Plattform „Zoom“ abgehalten wurden. In Düsseldorf geschah das gleich zweimal. So hackten die Rechten sich etwa in eine Thora-Lehrstunde ein, schmierten Parolen wie „Heil Hitler“ und „Hitler did nothing wrong“ auf das Streaming-Bild und luden dann zuletzt noch obszöne Fotos hoch. „Ich konnte einfach nicht glauben, dass das passiert. Ich war wie gelähmt. Ich wollte das Meeting beenden, aber es dauerte eine Minute, bis ich den Aus-Knopf gefunden hatte“, berichtet der Rabbiner Raphael Evers. Als Reaktion auf die Vorfälle will die jüdische Gemeinde jetzt auch ihre Sicherheitsmaßnahmen im virtuellen Raum verstärken.

### spargel-stecher\*innen streiken

Der Bornheimer Spargel-Betrieb Ritter meldete im Mai Insolvenz an. Die Arbeit ging erst einmal weiter – allerdings ohne Bezahlung: Der Insolvenz-Verwalter Andreas Schulte-Beckhausen verweigerte den rumänischen Spargel-Stecher\*innen die Auszahlung der Löhne. Deshalb entschlossen sich die Ernte-Helfer\*innen zu einem Streik. Unterstützung erhielten sie dabei von der anarchistischen Gewerkschaft „Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union“ (FAU). Diese organisierte einen Anwalt und prüft zurzeit Klage-Möglichkeiten gegen Schulte-Beckhausen. Die Vorfälle auf den Feldern führten sogar zu diplomatischen Verwicklungen. Die rumänische Arbeitsministerin Violeta Alexandru reiste an, kritisierte die Verhältnisse vor Ort und sagte ihren Landsleuten Hilfe zu. Und ganz ohne Wirkung blieb das alles nicht. „Durch den Streik und den öffentlichen Druck konnten wir diese Woche erreichen, dass viele Leute wenigstens einen Teil ihres Geldes bekommen haben. Auch eine drohende Obdachlosigkeit von hunderten Personen konnte abgewendet werden. Der Insolvenz-Verwalter wollte sie aus ihren Container-Unterkünften schmeißen, wenn sie die Teil-Auszahlung des Lohnes annehmen“, so FAU-Pressesprecher Erik Hagedorn.

### leg-geschäfte laufen gut

Das Wohnungsunternehmen LEG konnte im Geschäftsjahr 2019 seine Gewinne steigern. Dazu trugen vor allem gestiegene Miet-Einnahmen bei, realisiert entweder durch eine Anhebung der Tarife oder durch den Zukauf teurerer Wohn-Einheiten. Die Zukunft sieht der Konzern ebenfalls rosig. „In den nächsten Jahren wird eine Fortsetzung der positiven Miet-Entwicklung erwartet“, heißt es im Geschäftsbericht. Die Mittel der Wahl dazu: Mietspiegel-Anpassungen, Aufschläge bei Neuvermietungen und Modernisierungsmaßnahmen. Zudem könnten im preis-gebundenen Bestand alle drei Jahre „vor allem inflationäre Entwicklungen durch Anpassung der Kosten-Mieten an die Mieter weitergegeben und auch wert-steigernde Modernisierungen vorgenommen werden“. Damit nicht genug, laufen 2028 auch noch die Mietpreis-Bindungen für 28.000 Wohnungen aus: „Das bietet Spielraum für Miet-Anpassungen bei den teilweise deutlich unter dem Markt-Niveau liegenden Beständen.“ Darüber hinaus erwägt die LEG eine Fusion mit TAG Immobilien, was ihre Markt-Position noch einmal stärken würde.

### sana verkauft radiologie

Die Sana-Kliniken verkaufen ihre Radiologie-Abteilungen an Med360Grad. Die Firma, an der Sana 30 Prozent der Geschäftsanteile hält, übernimmt auch die 40 Beschäftigten an den Standorten Gerresheim und Benrath. Diese sind allerdings nicht gerade angetan von dem Wechsel. „Bei Med360Grad gibt es keinen Tarifvertrag“, sagt die Sana-Betriebsratsvorsitzende Susanne Quast. Das mache Gehaltsunterschiede von bis zu 700 Euro aus, so Quast. „Wir werden hart dafür kämpfen, dass bei dem Betriebsübergang die Rechte der Mitarbeiter gewahrt bleiben. Am liebsten würden wir den Verkauf verhindern“, bekundet die Gewerkschaftlerin. Hätte die Stadt 2007 ihre Mehrheitsbeteiligung an den beiden Kliniken nicht abgegeben, wäre das auch möglich gewesen. Jetzt aber stehen die Chancen dafür schlecht. Dementsprechend kritisiert „Die Linke“: „Dieser Rückzug aus der Gesundheitsversorgung war nicht im Interesse der Stadt. ‚Die Linke‘ hat von Beginn an die Verkäufe abgelehnt und vor den Folgen gewarnt.“ Dabei steht Med360Grad nicht nur wegen der Tarif-Flucht in der Kritik. Das Unternehmen sieht sich noch dazu mit der Anzeige einer Krankenkasse wegen eines Abrechnungsbetrugs bei Röntgen-Kontrastmitteln konfrontiert.

ANZEIGE

**Rheinblick**  
Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

**Ein Abo und immer gut informiert sein**

Abo bestellen unter: [info@linksfraktion-duesseldorf.de](mailto:info@linksfraktion-duesseldorf.de)  
[www.linksfraktion-duesseldorf.de](http://www.linksfraktion-duesseldorf.de)

**No. 15 kostenlos Nov./Dez 2013**

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

# Nazis? Welche Nazis?



Zum Umgang der Stadt Düsseldorf und der Polizei mit „Corona-Demos“

Fotos: report-D

**Seitdem es Lockerungen des Lockdown gibt, demonstrieren Menschen gegen die Maßnahmen zur Prävention der Verbreitung des SARS-CoV-2-Virus – aus den verschiedensten Gründen. Mitunter ist die Mischung jedoch bizarr. Denn unter ihnen sind auch Verschwörungserzähler\*innen und Nazis. Nicht selten sind gerade sie diejenigen, die auf den „Corona Demos“ vor Ort sichtbar die Initiative übernehmen. So auch in Düsseldorf.**

Mittlerweile finden jeden Samstag (und in kleinerer Form auch montags) Demonstrationen gegen die Corona-Auflagen statt, eine der bis jetzt größeren am 9. Mai. Etwa 300 Menschen, darunter „besorgte Bürger“, Verschwörungserzähler\*innen und Rechte u. a. der AfD und der hiesigen extremen Rechten trafen sich am Burgplatz. Dutzende Personen gehören zweifellos zur „Bruderschaft Deutschland“. Bereits Tage zuvor war die Demonstration auf Messenger-Newskanälen und Facebook-Seiten als „Spaziergang“ angekündigt worden. Angemeldet bei der Ordnungsbehörde war dies jedoch nicht.

Vor Ort waren es vor allem – aber nicht nur! – Mitglieder der Nazigruppierung „Bruderschaft Deutschland“, die von Beginn an gegenüber anwesenden Antifaschist\*innen und Vertreter\*innen der Presse extrem aggressiv auftraten. Mund-Nasenschutz-Masken, wie sie momentan für jede Demonstration und Kundgebung in den Auflagen vorgeschrieben werden, fehlten bei den meisten. Auch das Abstandsgebot, das noch einmal verschärft als Auflage bei öffentlichen Veranstaltungen und Versammlungen (unter freiem Himmel) vorgesehen ist, wurde nicht eingehalten, wie zahlreiche Videos und Fotos belegen.

Die anwesenden Polizeibeamt\*innen und Mitarbeiter\*innen des städtischen „Ordnungs- und Servicedienstes“ (OSD) störte das jedoch nicht. Sie unternahmen nichts, um die Teilnehmer\*innen

wenigen Polizeibeamt\*innen. Vor Ort drangen zahlreiche Demo-Teilnehmende (wiederum in großer Zahl: die „Bruderschaft“) in die Bannmeile des Landtags ein. Anders, als es für das Handeln von Ordnungs- und Sicherheitsbehörden im Umgang mit jeder(!) Konstellation von Protesten im Nahumfeld des Landtagsgebäudes vorgesehen ist, wurde diese Gruppe weder angegangen noch verwarnt, nicht einmal aufgefordert, die „Tabuzone“ vor dem Landtag zu verlassen. Im Gegenteil: Ganz vertraut und freundlich unterhielt mensch sich miteinander, Polizei und „Bruderschaft“ schienen quasi „per Du“. Die Ratsfraktionen der SPD und der LINKEN nahmen die Demonstration am 9. Mai zum Anlass, in der Ratssitzung am 14. Mai mit aktuellen Anfragen von der Verwaltung Auskunft über den Umgang der Ordnungsbehörden mit den hiesigen „Corona-Demos“ zu erhalten. Die (nahezu gleichlautenden) Antworten der Verwaltung lassen nun einmal mehr tief blicken.

## Glatt gelogen

Berichtete die Stadtverwaltung doch nach Rücksprache mit Polizei und OSD im Wortlaut: Unter den Demonstrationsteilnehmer\*innen vom 9. Mai

auf die Gesetzeslage hinzuweisen bzw. die Auflagen durchzusetzen. Unter Führung der „Bruderschaft Deutschland“ zogen die Demonstrant\*innen vom Burgplatz zum Landtag, locker begleitet von ein paar



„war eine Gruppierung mit rd. 50 Teilnehmern laut der Presse der ‚Bruderschaft Deutschland‘ zuzurechnen. Der Einsatzleiter der Polizei stufte diese Gruppierung als ‚Ansammlung‘ und nicht als ‚Versammlung‘ ein, da kein Skandieren von

Parolen, kein Zeigen von Bannern oder Verteilen von Flyern festgestellt werden konnte. Die Kräfte des OSD teilten diese Einschätzung. Verstöße gegen die Corona-Schutzverordnung, insbesondere gegen das Abstandsgebot, konnten nicht festgestellt werden. Nach Ansprache durch die Polizei löste sich die ‚Ansammlung‘ gegen 17 Uhr zügig auf und zog dann in Gruppen zum Landtag. Dabei wurden die Personen durch Kräfte des OSD und der Polizei begleitet. Vor dem Landtag zerstreute sich diese Gruppierung. Eine Versammlung innerhalb der Bannmeile und damit ein Verstoß gegen das Bannmeilengesetz oder das Versammlungsrecht haben nicht stattgefunden. Gegen 17.30 Uhr hatten sich alle Personen entfernt.“

Es dürfte deutlich geworden sein, es sei aber noch einmal ohne Schnörkel formuliert: In ihrer Auskunft gegenüber der Stadtverwaltung (die diese Auskünfte wörtlich zitiert) haben Polizei und OSD gelogen. Zahlreiche Videos und Fotos, die am 9. Mai vom Demonstrationsgeschehen etwa von Vertreter\*innen der Presse gemacht wurden, beweisen das. Das Abstandsgebot wurde nicht eingehalten. Es waren Menschen, darunter zahlreiche Mitglieder der „Bruderschaft Deutschland“ in der Bannmeile versammelt. Punkt.

Hier ist aber vor allem das „wording“ der Polizei- und OSD-Auskunft – sagen wir: interessant. So subsummiert die Polizei die Gruppe der Nazis in

voller Absicht der Form nach als „Ansammlung“. Mit Zustimmung des OSD bleibt die Polizei auch in ihrer Berichterstattung an die Verwaltung bei dieser durchsichtigen Schutzbehauptung: Eine „Ansammlung“, keine „Versammlung“ sei es gewesen, was sich da am Rheinufer zusammengefunden habe, obwohl bereits Tage zuvor Werbung zur Teilnahme am „Spaziergang“ vom 9. Mai gemacht worden war und die „Bruderschaft“ also mitnichten zufällig – „Du auch hier?“ – am Burgplatz und später am Landtag aufgetaucht sein dürfte. Selbst wenn sich die „Brüder“ um den Anschein entspannten Rumstehens in lockerer Formierung bemühten, dürfte auch den „szen-(un)kundigen“ Beamt\*innen aufgefallen sein, dass es sich um Personen handelte, die sich durchaus vertraut sind. Mindestens die Beamt\*innen des polizeilichen Staatsschutzes, die die Versammlungslage am 9. Mai vor Ort beobachteten, werden die „Bruderschaft“ erkannt haben, auch wenn sie nicht wie sonst in einheitlicher Kleidung auftrat. Sogar ein nur wenig geschultes Auge dürfte mindestens Kai Kratochvil als Mitglied der „Bruderschaft“ vor Ort ausgemacht haben, legen er und seine „Bruderschaft“-Kumpels in ihrem äußeren Erscheinungsbild und Gehabe doch durchaus Wert auf ihre Wiedererkennbarkeit. Ein T-Shirt mit „Bruderschafts“-Logo, der geballten Faust plus Schriftzug, ist zur Identifizierung nachgerade überflüssig.

### Winkelzüge

Zu ihrer Rechtfertigung, nichts getan zu haben, als die „Bruderschaft“ und andere am 9. Mai gegen das Versammlungsrecht und das Bannmeilengesetz verstießen, greifen Polizei und OSD nun zu einem simplen aber wirkungsvollen Trick. Der lässt sie zwar blöd aussehen, dürfte aber Erfolg haben, wenn es darum geht, Schande und Hohn gegenüber der Autorität der Strafverfolgungs- und Ordnungsbehörden abzuwenden und weitere lästige Nachfragen zur Kompetenz von Polizei und OSD abzubügeln: Wer nachträglich davon spricht, dass die „Bruderschaft Deutschland“ als zufällige „Ansammlung“ nur ganz aus Versehen in der Bannmeile des Landtages rumgestanden hat, wird wissen, wie wenig überzeugend das ist. Das Wort „Ansammlung“ aber ist genau die Spitzfindigkeit, mit der sich Polizei und OSD herausreden wollen. Es ist der „Hebel“, mit dem sie einen Dreh finden möchten, zu behaupten, alles richtig gemacht zu haben, als sie die „Bruderschaft“ und andere in der Bannmeile gewähren ließen. Konsequenzlos, wohlgermerkt.

Es ist nachvollziehbar, dass sich Polizei und OSD in Düsseldorf nicht nachsagen lassen wollen, dass sie mit Nazis kuscheln. Dass von ihnen bemühte „Bannmeilengesetz oder das Versammlungsrecht“ aber dermaßen elastisch zu dehnen, bis sogar der Verstoß durch die „Bruderschaft Deutschland“ reinpasst, wird diesem Bemühen um den Anschein, alles im Griff gehabt zu haben, nicht gerecht.



### Hufeisen-Virus

Linke haben bei „Ansammlungen“ ganz andere Erfahrungen mit der Düsseldorfer Polizei und mit der Dehnbarkeit des Versammlungsrechts zu machen. Dass die hiesige Polizei mit zweierlei Maß misst, ist nichts Neues. Die Terz berichtet über solches Verhalten seit ihrer allerersten Ausgabe vor fast dreißig Jahren. In jüngerer Vergangenheit war dies aber zuletzt besonders offensichtlich bei den sogenannten „Dügida“-Märschen der Nazis: Antifaschist\*innen, die gegen „Dügida“ auf die Straße gingen, wurden von der Düsseldorfer Polizei mit zahllosen Repressalien überzogen. Auch war sich die Polizei nicht zu schade, ein ums andere Mal Anzeigen zu fertigen, etwa weil Antifas am Rande der rechten Demo-Route Sticker verklebt hätten.

Wiederum mit Blick auf das Versammlungsrecht haben Linke wie selbstverständlich mit peinlichster Überprüfung und Erlass-Politik zu kämpfen. So sollte jüngst, im außergewöhnlichen Frühjahr 2020, eine Kundgebung linker Gruppen laut Versammlungsbehörde am 1. Mai nur mit 25 Personen stattfinden dürfen – dazu noch unter erheblichen, einschränkenden Auflagen. Ohne Pardon. Erst aufgrund eines richterlichen Beschlusses konnte die 1.-Mai-Kundgebung mit genehmigten 100 Personen stattfinden. Ein kurzer Blick zurück – in den Corona-losen Normalzustand Düsseldorfer Verhältnisse – macht diese absurde Ordnungspolitik im Ganzen noch einmal klarer. Zur Erinnerung: Im Frühjahr 2018 sollte ein Aktivist mit einer Strafzahlung von 1.500 Euro belegt werden, weil er ein Jahr zuvor, im April 2017, alleine (!) gegen eine Veranstaltung in der Maxkirche protestiert hatte, bei der Vertreter\*innen der AfD als Sprecher\*innen auftraten. In trauter Dreisamkeit zeigten die Düsseldorfer Polizei, die Staatsanwaltschaft und die zuständige Richterin damals

unbedingte Verfolgungslust (siehe TERZ 12/19). Eine solche Rechtsauslegung dazu, was eine „Versammlung“ sei, muss sich mit den aktuellen Behauptungen von Polizei und OSD messen lassen – auch wenn Erhebungen zum Vergleich der Sehstärke von „linkem“ und „rechtem Auge“ von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden, von Justiz und Politik grundsätzlich schwierig sind. Denn am Ende dürfte eine Forderung an den Staat, nach Rechtslage konsequent zu handeln, wenn Neonazis und extrem rechte Akteur\*innen vor ihm stehen, für linke Positionen eine Reihe von Widersprüchen mit sich bringen, sich mindestens aber auf das hässliche Spiel der Extremismustheorie des „Hufeisens“ einlassen müssen.

Fest steht aber, dass eine Ordnungs- und Sicherheitspraxis von Polizei und kommunalen Ordnungsbehörden, die sehenden Auges das Geschäft von Neonazis und Akteur\*innen der extremen Rechten unterstützen, ohne Zweifel dazu beitragen wird, dass sich eben diese in der Stadt besonders wohl fühlen. Können sie sich, mit freundlicher Unterstützung von OSD und Polizei, doch sicher noch lange an einen gelungenen Auftritt erinnern, auch wenn sie nur albern in der Sonne rumgestanden haben.

Dass sich die Stadtverwaltung die Lügen von OSD und Polizei zu eigen macht und bislang auch nicht bereit ist, eine eigenständige Meinung zu diesen verqueren Demonstrationen von Nazis und Verschwörungserzähler\*innen zu entwickeln, lässt nichts Gutes für die Zukunft ahnen. Nur zur Erinnerung: Düsseldorf ist mittlerweile ein Hotspot der Nazis in NRW. 234 (2018: 194) polizeibekannte rechte Angriffe und strafrechtlich relevante Vorfälle gab es 2019 in Düsseldorf. Der Anstieg betrug damit knapp 21 Prozent. Es gibt also viel zu tun. 

### Zum Nachlesen:

**Aktuelles zur „Bruderschaft Deutschland“ im Artikel „Gegen das bolschewistische Bollwerk. Ein Update zum Treiben der „Bruderschaft Deutschland“ auf der <https://duesseldorf-rechtsaussen.de> Anfrage der Die LINKE (14.5.2020) und Antwort der Stadtverwaltung auf der Homepage der Fraktion Die LINKE im Stadtrat unter [www.linksfraktion-duesseldorf.de](http://www.linksfraktion-duesseldorf.de)**



# Die Wohnraumschutzsatzung: Eine erste Bilanz

Seit August 2019 ist die Wohnraumschutzsatzung in Kraft. Viel Schutz vor airbnb & Co hat sie jedoch noch nicht bieten können. Eine Einschätzung des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum.

Mitte August 2019 stand das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum vor einem Haus auf der Schmiedestraße in Oberbilk, in dem sich sieben Luxusapartements befinden, die über Buchungsplattformen wie airbnb und booking.com als Ferienunterkünfte angeboten werden. Der geeignete Ort also, um für eine wirkungsvolle Wohnraumschutzsatzung zu protestieren.

Am 29. August 2019 wurde die Wohnraumschutzsatzung vom Rat der Stadt Düsseldorf verabschiedet. Sie trat am 10. Oktober 2019 in Kraft. Das ist nun mehr als ein halbes Jahr her.

Das Beispiel Schmiedestraße 2 zeigt, dass weder die inhaltlichen noch die personellen Voraussetzungen geschaffen wurden, um wirkungsvoll gegen den Missbrauch von Wohnraum vorzugehen. Noch immer werden die sieben Luxuswohnungen im Internet angeboten. Noch immer können die Besitzer\*innen theoretisch (wenn alle ihre Wohnungen vermietet sind) mehrere zehntausend Euro im Monat verdienen. Noch immer stehen die Wohnungen nicht den Wohnungssuchenden in Düsseldorf zur Verfügung.

Das ist kein Einzelfall. In Düsseldorf werden ca. 7.000 Wohnungen für touristische Zwecke genutzt, mehr als 13.000 Wohnungen stehen länger als drei Monate leer.



1: Dreiecksplatz



2: Eisenstraße



3: Land, Amtsgericht



4: Kölnerstraße



5: S...

Gegen diese skandalösen Praktiken und gegen den Leerstand in Düsseldorf sollte die Zweckentfremdungs- oder Wohnraumschutzsatzung eigentlich greifen, deren Wirksamkeit wir aber schon im letzten Jahr anzweifeln. Viele Regelungen waren unklar oder weiteten Fristen und Handlungsmöglichkeiten eher zugunsten von Eigentümer\*innen als zugunsten von bezahlbarem Wohnraum aus. Am 27.04.2020 wurde im Wohnungsausschuss eine erste Bilanz gezogen: 470 Wohneinheiten konnten aufgrund von Anträgen oder Meldungen als zweckentfremdet ermittelt werden. Nur 299 konnten aufgrund von Personalmangel bearbeitet werden. Bei 106 Einheiten handelt es sich um Leerstand, bei 96 um kurzfristige touristische Nutzung, in neun Fällen wurde die Zweckentfremdung untersagt, ohne dass diese Wohnungen bisher dem Wohnungsmarkt wieder zugeführt werden konnten. Nach einem halben Jahr ist

demnach nicht eine einzige Wohnung wieder dem Wohnungsmarkt zugeführt worden und lediglich neun Wohnungen wurden überhaupt beanstandet.

## Wohnraumschutzsatzung verlängern!

Schon jetzt ist klar, dass die Wohnraumschutzsatzung in vielen Punkten die Erwartungen nicht erfüllen wird, da einige Regelungen einfach nicht ausreichen. Es gibt erheblichen Verbesserungsbedarf! Selten war eine Wohnung als sicherer Rückzugsraum wichtiger als heute, um eine Infektionsgefahr für sich und andere zu verringern. Doch noch immer fehlen wirkungsvolle Instrumente in Düsseldorf, um Wohnungssuchenden eigentlich vorhandenen Wohnraum zu bezahlbaren Mieten zur Verfügung zu stellen.

Am 14.05.2020 protestierte das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum vor der Ratssitzung im Con-

## Protest des Bündnisses für bezahlbaren Wohnraum für eine effektive Wohnraumschutzsatzung



gress Center erneut für eine wirksame Zweckentfremdungssatzung bzw. Wohnraumschutzsatzung. In den kommenden Wochen und Monaten wird die Stadt Düsseldorf weiterhin im Ausnahmezustand sein. Die Wohnraumschutzsatzung kann in diesen Zeiten nicht ernsthaft umgesetzt werden. In anderthalb Jahren soll die Satzung auslaufen. Die für diesen Zeitpunkt geplante Evaluation muss daher verschoben werden!

Sofern die Satzung entsprechend überarbeitet wird, muss die Laufzeit auf fünf Jahre verlängert werden, so wie es das Landesgesetz vorsieht und es in den meisten Städten umgesetzt wird. Die Verwaltung der Stadt Düsseldorf benötigt dringend mehr Personal, das durch Auskunfts- und Betretungsrechte die notwendigen Kontrollmöglichkeiten erhält, damit Wohnungen nicht illegal leerstehen oder als Ferienwohnungen vermietet werden können.



Es muss sehr ernsthaft darüber nachgedacht werden, diese Wohnungen im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes oder des Ordnungsbehördengesetzes zu beschlagnahmen, jetzt in der Corona-Krise, aber auch darüber hinaus, um dringend benötigten Wohnraum zu schaffen und zu erhalten. Die Wohnraumschutzsatzung könnte ein wirkungsvolles Mittel sein, um gegen Zweckentfremdung vorzugehen. Voraussetzung ist aber der politische Wille, sie auch konsequent anzuwenden! Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum wird weiterhin Zweckentfremdung durch Leerstand und touristische Nutzung öffentlich machen, die Wirksamkeit von Maßnahmen überprüfen und für bezahlbaren Wohnraum kämpfen!

### Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum

Wir als Bündnis für bezahlbaren Wohnraum sind ein breites Bündnis von verschiedenen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen. Ziel ist es, als starke Gemeinschaft Druck auf die Stadt

auszuüben und real bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Im Moment wollen wir durch ein breit aufgestelltes Bürger\*innenbegehren eine Milieuschutzsatzung in Düsseldorf durchsetzen. Wir werden weiterhin den Widerstand gegen ungerechtfertigte Eigenbedarfskündigungen, Entmietungen und Luxussanierungen unterstützen. Wir werden weiterhin gegen Leerstand und touristische Nutzung von bezahlbarem Wohnraum kämpfen! Wir werden weiterhin für eine Stadt kämpfen, in der Menschen ihr Zuhause behalten dürfen und bezahlbarer Wohnraum zu finden ist. Wir werden weiterhin für eine Wohnungspolitik kämpfen, die sicherstellt, dass alle Düsseldorfer\*innen in einer angemessenen und für sie bezahlbaren Wohnung in Würde leben können. 

Weitere Infos gibt es auch bei dem Investorenkritischen Stadtrundgang unter: <https://bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf.de/virtueller-investorenkritischer-stadtrundgang/>

## Profifußball und Moralphilosophie in Zeiten der Pandemie

# Geldvermehrungsimperativ

**Obgleich Körperkontakt wegen des Wütens der Corona-Pandemie strikt vermieden werden soll, erlaubte die Staatsgewalt unlängst die Wiederaufnahme des körperkontaktreichen Spielbetriebes der 1. sowie 2. Fußballbundesliga, und zwar ab Mitte Mai in Form von Zuschauer\*innenlosen Geisterspielen. Dieser Widerspruch, der sogar einigen Fans der Düsseldorfer Fortuna aufgefallen sein soll, hat seinen Grund im Geldvermehrungsimperativ, der die marktwirtschaftliche Produktionsweise antreibt.**

Um die Vermehrung des investierten Unternehmerrgeldes (Geld-Ware-Geld)\* als Zweck des Marktwirtschaftssystems zu befördern, greift der Staatsapparat unter dem Druck der Pandemie als ideeller Gesamtkapitalist in die Volkswirtschaft ein, damit die Volksgesundheit durch Schutzmaßnahmen gewährleistet wird. Verhindert werden soll auf diese Weise der Zusammenbruch des Systems, den Krankheit und Tod zu vieler Arbeitskräfte verursachen würden.

Dass Dieter Kempf als Präsident des Industrieverbandes BDI seit einiger Zeit das Ende des staatlich verordneten „Shutdown“ fordert, verweist auf ein Paradoxon: Der Staat als ideeller Gesamtkapitalist muss realen Einzelkapitalist\*innen mitunter Maßnahmen zum Schutz der Volksgesundheit aufherrschen, um deren Profitmacherei weiterhin zu ermöglichen. Weil es dem Staatsapparat aber – entgegen staatsfrommer Propaganda – nicht um die Gesundheit eines jeden Individuums geht, wer-

den zahlreiche Arbeitskräfte aus Gründen des Profits einem hohen Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Dazu gehören auch die modernen Gladiatoren des Profifußballs.

Als staatsdienlicher Propagandist betätigt sich beispielsweise der Moralphilosoph Jürgen Habermas. In Zeiten der Corona-Pandemie will er das profitorientierte Nützlichkeitsdenken der

kapitalistischen Marktwirtschaftsakteur\*innen mittels eines kommunikativen Appells außer Kraft setzen. Und zwar dergestalt, dass er die Staatspolitiker\*innen mit moralphilosophischer Verve ermahnt, „ihre Strategie an dem Grundsatz auszurichten, dass die Anstrengung des Staates, jedes einzelne Menschenleben zu retten, absoluten Vorrang haben muss vor einer utilitaristischen Verrechnung mit unerwünschten ökonomischen Kosten, die dieses Ziel zur Folge haben kann“ (FR.de vom 10.04.2020).

Dass aber die staatsfromme Aussage des Moralphilosophen Habermas, dem Staatsapparat gehe es darum, „jedes einzelne Menschenleben zu retten“, eine kontrafaktische Unterstellung ist, stellt der Staatsmann Schäuble im „Tagesspiegel“ vom 26. April klar: Nicht richtig sei, dass alles vor dem Schutz von Leben zurückzutreten habe. Es müssten „auch die gewaltigen ökonomischen Auswirkungen abgewogen werden“, die das staatliche Eingreifen habe. Erinnerung wird so an den katego-

rischen Imperativ des Marktwirtschaftssystems: Die unternehmerische Profitmaximierung hat Vorrang – zuweilen sogar vor menschlichem Leben. Ob der Moralphilosoph sich mittlerweile der Macht des Faktischen gebeugt hat, wissen wir nicht. Aber an der Beschaffenheit des hiesigen Gesundheitswesens zeigt sich, dass es dem Staatsapparat faktisch um die Aufrechterhaltung der Volksgesundheit geht. Weil es ein Geschäftsbereich wie jeder andere ist, ist sein Ziel die Profitmacherei, sodass die Behandlung der Patient\*innen sich rechnen muss. Die Profitorientierung mittels „Fallpauschalen“ hat zur Folge, dass die Krankenhäuser Fabriken sind, in denen mit wenig Personal kostengünstig warenförmige Dienstleistungen erbracht werden, um den Betriebsgewinn sprudeln zu lassen. Damit diese ungesunde Zumutung verschwindet und ein Gesundheitssystem, in dem es um die Rettung jedes einzelnen Menschenlebens geht, Realität wird, statt kontrafaktische Unterstellung zu sein, ist die Außerkräftsetzung des Geldvermehrungsimperativs vonnöten. Eingrichtet werden müsste eine Produktionsweise, deren Zweck nicht der unternehmerische Gewinn, sondern die planmäßige Befriedigung der Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder ist. 

FRANZ ANGER

\* Der winzige senkrechte Strich hinter dem Wort „Geld“ ist kein Tippfehler, sondern ein mathematisches Zeichen namens Inkrement, das den monströsen Zweck des kapitalistischen Produzierens symbolisiert: Vermehrung des Unternehmerrgeldes, das in die Produktion von Waren investiert wird.



# ANDERE PERSPEKTIVEN AUS DER KRISE

## Eine Heilerziehungspflegerin berichtet aus dem Alltag von Menschen mit Behinderung

**Menschen mit Behinderung sind Teil unserer Gesellschaft, werden aber tatsächlich nur selten als solche wahrgenommen. Vor einigen Jahren war das Thema Inklusion in aller Munde. Gute Voraussetzungen also für Menschen mit Behinderung in Zeiten von Corona?**

Die UN-Behindertenrechtskonvention sollte vor allem im Bildungssektor konsequent umgesetzt werden. In den Schulen sollten fortan Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen, reine Förderschulen, in denen Menschen mit Behinderung gezwungenermaßen unter sich bleiben, sollten reduziert werden. Zugegeben – an vielen Stellen übers Knie gebrochen und häufig von unausgereiften Erstversuchen überforderter Schulen und Lehrer\*innen geprägt – wurde die Diskussion schnell zum Aufreger. Aber worüber wurde sich denn genau aufgeregt und von wem? Bei genauerem Hinhören offenbarte sich schnell, was wirklich hinter vielen der Aufschreie steckte: Hilfe, die Kinder mit Behinderung versauen meinem „normalen“ Kind die Bildungschancen! Trotz permanentem Beteuern, wie sehr man doch für Inklusion allgemein sei, ging diese Fürsprache nur selten über ein gönnerhaftes „natürlich dürfen diese armen Andersartigen dabei sein (solange sie nicht stören und sich für den Rest nichts ändert)“ hinaus. Von dem Gewinn für Kinder mit und ohne Behinderung oder gar für die gesamte Gesellschaft war hier meist weniger die Rede.

Die Konvention trat 2009 in Kraft. Inzwischen ist die erste Euphorie abgeflacht, die Inklusion dümpelt vor sich hin und wird stellenweise zurückgefahren. Das erhoffte tiefgreifende Umdenken lässt nach wie vor auf sich warten.

### Behinderung und Corona

Was hat das Ganze mit Corona zu tun? Es soll als Beispiel dafür dienen, welche Denkweise der Begegnung mit Menschen mit Behinderung oft noch immer zu Grunde liegt. Durch meine Arbeit als Heilerziehungspflegerin wurde mir an vielen Stellen schmerzlich bewusst, was ich mir vorher nicht vorstellen konnte: noch immer sehen viele diese Menschen als minderwertig, unproduktiv, wenn nicht sogar lebensunwert an. Das offenbarte

**Regelmäßige Corona-Tests, wie sie für den anscheinend extrem gesellschaftsrelevanten Fußball angedacht sind, werden sich die Beschäftigten wohl ebenfalls noch lange wünschen.**

sich schon früher oft in Reaktionen auf meine Tätigkeit oder in Situationen, in denen ich mit Klient\*innen in der Öffentlichkeit unterwegs war. Jetzt in der Krise zeigt sich aber noch einmal deutlicher, mit welcher menschenverachtenden Geringschätzung die kapitalistische Verwertungslogik auf die Menschen blickt.

Viele Menschen mit Behinderung sind in besonderer Weise von der Krise betroffen. Sie können sich nicht physisch distanzieren, weil sie sich in einem Wohnheim eine Küche mit zehn anderen teilen oder zuhause mit persönlicher Assistenz leben. In beiden Fällen haben sie mindestens im täglichen Wechsel engen körperlichen Kontakt

mit verschiedenen Menschen. Wenn eine Person dann noch zur Risikogruppe gehört, wächst die legitime Angst vor einer Ansteckung natürlich stetig und ein Gefühl der Hilflosigkeit breitet sich aus. Eine Hilflosigkeit, die traurigerweise viele kennen. Ein wirklich selbstbestimmtes Leben zu führen, wenn man täglich auf Pflege angewiesen ist, stellt sich oft als sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich heraus. Darüber habe ich auch mit meiner Chefin gesprochen, die ich im Rahmen des Arbeitgeber\*inmodells zuhause pflege und unterstütze: „Durch die Lungenprobleme gehöre ich zur Risikogruppe, ich hätte mich gerne frühzeitig isoliert, das ging nicht aufgrund der Assistenz. Menschen mit Assistenz haben nicht die Wahl.“

Wird diese Situation gesellschaftlich thematisiert oder überhaupt mitgedacht? Wenig bis gar nicht. In der Diskussion um den Pflegenotstand werden Heilerziehungspfleger\*innen nicht mit einem Wort erwähnt, es gibt keine tragfähigen Schutzkonzepte, weder für Wohnheime noch für persönliche Assistenzen – obwohl nicht wenige Menschen mit Behinderung zur Risikogruppe gehören. Allein in Düsseldorf gibt es mehr als zehn Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderung; über das persönliche Budget erhalten weitere Unterstützung bei sich zuhause. Auch sind viele Menschen mit einer schwereren geistigen Behinderung von den neuen Umständen überfordert. Es wird wohl kaum möglich sein, ihnen wirklich verständlich zu machen, warum sie nun Abstand zu geliebten Menschen halten oder dauerhaft einen Mundschutz tragen sollen. Die Wohneinrichtungen sind ihr Zuhause und die Mitarbeiter\*innen haben nur wenig Möglichkeiten, sich und die Bewohner\*innen zu schützen. Trotz dieser Umstände stellt es für die

allermeisten Mitarbeiter\*innen dort auch keine Alternative dar, die Menschen allein zu lassen. Hier greift die gleiche emotionale Erpressung, die auch bei Lohnverhandlungen oder der Diskussion um Personalschlüssel zuverlässig gegen den legitimen Widerspruch der Beschäftigten eingesetzt wird. Es muss immer wieder aufs Neue um Sichtbarkeit und Anerkennung des Berufes gekämpft werden. So forderte zum Beispiel Ulla Schmidt, Vorsitzende der Lebenshilfe e. V., unter anderem von Jens Spahn, die Corona-Prämie auch für Mitarbeiter\*innen in Pflegeeinrichtungen der Behindertenhilfe vorzusehen. Regelmäßige Corona-Tests, wie sie für den anscheinend extrem gesellschaftsrelevanten Fußball angedacht sind, werden sich die Beschäftigten wohl ebenfalls noch lange wünschen. Dabei wäre das eine Möglichkeit, das Leben der Beschäftigten und Bewohner\*innen ein bisschen sicherer zu machen.

### Sozialdarwinismus in Reinform

Schön, wenn Bewohner\*innen und Mitarbeiter\*innen dann jetzt in einer solch herausfordernden Situation wahrgenommen und unterstützt werden. Allerdings nicht von der Bundesregierung, sondern von Freund\*innen und Nachbar\*innen, die zum Beispiel dem Aufruf der Stadt Düsseldorf für die Lebenshilfe Düsseldorf e. V. folgten und durch das Spenden von selbstgenähten Masken einen Mindestschutz in den Wohneinrichtungen ermöglichten.

Doch was, wenn es zu einem Ausbruch in einer der Einrichtungen käme? Was, wenn Beschäftigte in der privaten Pflege erkranken? Weder gibt es in den Wohnheimen ausreichend Möglichkeit zur Isolation, noch können Assistenznehmer\*innen auf ihr gesamtes Team verzichten. Lauter werdende Stimmen nach einer Isolation der Risikogruppe zu Gunsten der Beendigung der allgemeinen Maßnahmen klingen hier wie blanker Hohn.

Ähnlich große Sorge bereitet Betroffenen die Diskussion um Beatmungsplätze. Im Falle einer Überlastung der Kapazitäten empfehlen einige medizinische Fachgesellschaften nur diejenigen Patient\*innen zu behandeln, bei denen bei der Behandlung gute Erfolgsaussichten bestehen. Zu den Kriterien für eine schlechte Erfolgsaussicht zählen die Fachgesellschaften auch „allgemeiner Gesundheitsstatus, Gebrechlichkeit“. Um den Grad der Gebrechlichkeit zu messen, gibt es eine Gebrechlichkeitsskala, die Clinical Frailty Scale. Dort finden sich neun Stufen, von 1 „sehr fit“, bis 9 „terminal erkrankt“.

Ein Mensch, der auf einen Rollstuhl und tägliche Assistenz angewiesen ist, fände sich beispielsweise auf Stufe 7 wieder und könnte nach diesen Kriterien begründet Angst haben, keinen Beatmungsplatz zu bekommen, sollten die Ressourcen knapp werden.

Die Behindertenbewegung kritisierte die Vorschläge als diskriminierend, einige sprechen sogar von einer Unterscheidung zwischen „lebenswert“ und „lebensunwert“.

Sozialdarwinistische Aussagen in Bezug auf Risikogruppen schüren zusätzlich die Angst, aussortiert zu werden. Denn Menschen mit Behinderung stehen in der kapitalistischen Verwertungslogik noch immer weit unten. Als Heilerziehungspflegerin merke ich immer wieder, wie meine Arbeit gegenüber der Arbeit in anderen Pflegeberufen abgewertet wird, da ich nur „das Leben von Menschen ermögliche, die nichts zur Gesellschaft beitragen“ oder gar „in der freien Natur nie überlebt hätten“. Auch meine Chefin sagt deutlich: „Die trauen sich jetzt zu sagen, was sie immer schon gedacht haben. Als Mensch mit Behinderung kennst du das von der Kindheit an. Gerade wenn man mit Leuten alleine ist, lassen dich Menschen das schon zum Teil spüren. Demonstrativ wird nicht geholfen.“ Also was müsste passieren, damit der gesellschaftliche Blick auf Menschen mit Behinderung sich ändert? „Ich würde mir vor allem wünschen, dass Menschen auf uns aufmerksam werden und sich Gedanken machen“, sagt meine Chefin. Denn noch immer sind ihre Sozialkontakte sehr eingeschränkt, gerade Rollifahrer\*innen bleiben viel unter sich. Doch gerade Menschen mit Beeinträchtigungen können sehr viel zu unserem gesellschaftlichen Miteinander beitragen: „Als ich noch Fußgängerin war, hatte ich schon eine Sympathie zu Rollifahrern. Das sind oft starke Charaktere, die trotz Schwierigkeiten ihren Weg machen“, erinnert sie sich. „In alle Gruppen können sie positiv einwirken. Diese positiven Eigenschaften könnte die Gesellschaft gut gebrauchen. Viele von ihnen sehen im sozialen Bereich Lösungen. Sie können auch gesunden Menschen Kraft geben, indem sie zeigen, dass man trotz Einschränkungen und Widrigkeiten Lebensfreude haben kann und sich das Leben lohnt.“

Vielleicht ist diese Krise ja eine Chance für uns, unseren Blick auf andere zu überdenken. Uns zu fragen, was Menschen wirklich wertvoll macht und uns von Verwertungslogiken zu lösen, die jede\*n von uns immer wieder verunsichern und abwerten.

IFURIOSI

SOLIANZEIGE

**Solidarität ist eine Waffe!**

## Allein machen sie dich ein

Die Rechtshilfegruppe Düsseldorf existiert seit vielen Jahren und unterstützt Menschen, die wegen politischer Aktivitäten verfolgt und angeklagt werden.

Wir arbeiten mit RechtsanwältInnen zusammen, überlegen uns gemeinsam mit den Angeklagten eine politische und juristische Begleitung der Prozesse und machen Öffentlichkeitsarbeit.

Diese Arbeit nimmt nicht nur viel Zeit in Anspruch, sondern kostet auch viel Geld. Da wir kein Dienstleistungsunternehmen sind, brauchen wir eure Unterstützung in Form von Spenden auf das Rechtshilfekonto. Steuerlich absetzbar ist dies leider nicht – uns ist jedoch jede Spende eine große Hilfe in der politischen Arbeit:

Rechtshilfe-Kontonummer:  
63007678

BLZ: 30050110 - SSK Düsseldorf  
Stichwort: antifa

SOLIANZEIGE

**STAY!**  
DÜSSELDORFER FLÜCHTLINGSINITIATIVE

**Bitte unterstützt uns, damit wir weiter Geflüchtete unterstützen können.**

Keine Grenzen - Flüchtlinge Willkommen!

www.stay-duesseldorf.de

# Mit Selbstorganisation gegen die Corona-Pandemie

**Mit dem Beginn der Corona-Pandemie offenbarten sich die Folgen von neoliberaler Marktlogik im Gesundheitsbereich vor allem in den Epizentren der ersten Infektionswelle: Ein eklatanter Mangel an medizinischer Infrastruktur und Fachkräften, aber auch ein internationaler Engpass an medizinischen Geräten und an Schutzausrüstung für Mediziner\*innen und Pflegende.**

Während etliche Kommentator\*innen schon ein komplettes Versagen des Markts und der Nationalstaaten prognostizierten, entstand im Schatten der Krise eine soziale Bewegung, die der Pandemie mit Methoden wie Hacking und Selbstorganisation begegnet.

## Hacking gegen die Krise

Die dramatischen Bilder aus den Krankenhäusern Norditaliens oder Spaniens mit provisorisch eingerichteten Intensivstationen und Fluren voller Patient\*innen mit Beatmungsgeräten gingen um die Welt. Mangel an Betten, Pflegekräften, Schutzausrüstung - und selbst Beatmungsgeräte waren zu wenige vorhanden. In der norditalienischen Stadt Bergamo, die besonders stark von den Auswirkungen des Virus betroffen war, entstand in einem Startup die Idee, diesem Mangel mit einem Hack zu begegnen. Kurzerhand wurde eine konventionelle Tauchmaske mit speziell in 3D-Druckern gefertigten Teilen versehen und konnte so als Notfall-Beatmungsmaske in Krankenhäusern eingesetzt werden. Das Modell dafür stellten sie kostenlos als Open Source anderen Menschen mit 3D-Druckern zur nichtkommerziellen Verwendung zur Verfügung.

## DIY-Produktion von Faceshields

Für den persönlichen Schutz eines großen Teils der Bevölkerung produzierten viele Menschen Mund-Nasen-Masken aus Textil in Heimarbeit, das erschien vielen sinnvoller, als auf das Angebot des Marktes oder der Politik zu warten. So entstanden Initiativen, die das Tragen von Stoffmasken als Schutzmaßnahme propagierten, und Produktionsnetzwerke, die versuchten, Produktionskapazitäten in Heimarbeit zu koordinieren.

Neben diesen Mund-Nasen-Masken waren Schutzbrillen und Faceshields (durchsichtige Gesichtsschilde aus Plastik) ein sinnvoller Schutz und eine gute Ergänzung. Diese wurden jedoch kaum produziert. So kam es, dass am Abend des 24. März das „Hammerzeit Kassel“, ein Makerspace, zu einer bundesweiten Aktion aufrief. Ein Makerspace oder auch FabLab, ist eine offene Werkstatt

mit dem Ziel, Privatpersonen und einzelnen Gewerbetreibenden den Zugang zu modernen Fertigungsverfahren für Einzelstücke und eine gemeinsame Nutzung von Geräten, etwa 3D-Druckern, zu ermöglichen. Sie suchten Freiwillige, Menschen mit 3D-Druckern (sog. „Maker“), die Produktionskapazitäten für die Herstellung von Komponenten für Faceshields haben. Im gesamten deutschsprachigen Raum war die Resonanz enorm. Innerhalb weniger Tage fanden sich über 6.900 Unterstützer\*innen.

Dezentral werkelt dieser Maker-Schwarm in privaten Hobbykellern oder in FabLabs und Makerspaces. Auch Schulprojekte, Universitäten und professionelle Dienstleister mit verfügbaren Kapazitäten schlossen sich der Aktion an. Von kleinen Spulen wird Plastik im 3D-Drucker Schicht für Schicht für die Kopfteile aufgetragen. Folien werden in Lasercuttern und Schneideplottern, teilweise auch von Hand, geschnitten und zur Montage passend gelocht. Die Bedarfserhebung erfolgt dezentral über sogenannte „Hubs“, Kontaktstellen, die diesen dann an verschiedene Sammelstellen weiterleiten, an denen wiederum viele Maker angeschlossen sind und die Produktion und Verteilung organisieren. Im „Hub Düsseldorf-Köln“ sind so rund 280 Menschen involviert, die an Kliniken, Pflegeheime und Arztpraxen Faceshields kostenlos oder gegen Spende auslieferten.

Online-Kollaborationstools ermöglichen die zentrale Infrastruktur, um so dezentral und selbstorganisiert vorzugehen. Hier wird die Menge auch sichtbar, weil es für alle Beteiligten transparent dargestellt wird: Mittlerweile hat die Initiative deutschlandweit über 35.000 Faceshields produziert.

Auch international entstehen zahlreiche ähnliche Initiativen unter ganz ähnlichen Bedingungen: In den USA, Kanada, Mexiko, Argentinien, Japan produzieren Makerspaces Faceshields ehrenamtlich, dezentral und ohne Profit. In Indien etwa organisierte das Team von „Maker's Asylum“,



**Ein fertig montiertes Faceshield, davor einzelne Teile aus dem 3D-Drucker**

einem Makerspace in Bombay, die Produktion und Verteilung von sage und schreibe über einer halbe Millionen Faceshields.

In Deutschland entwickelten einzelne Firmen im Lauf der Zeit andere Fertigungsverfahren für die Faceshields und produzieren beispielsweise im Spritzgussverfahren größere Stückzahlen. Industriekonzerne wie Siemens produzieren nun Faceshields und decken so nun einen Teil des Bedarfs. Trotz dieser „Konkurrenz“ auf dem Markt ist die Initiative MakerVsVirus mit ihrem Engagement noch nicht am Ende – zum einen gäbe es immer noch großen Bedarf, so die Maker, zum anderen diskutieren sie über die Zukunft ihres Netzwerkes, die Ausweitung auf andere gesellschaftlich sinnvolle Produktionen und ihre internationale Vernetzung.

## Perspektive Commonismus

Interessant ist die dezentrale Organisationsform dieser für alle offenen Bewegung, die auf Beitragen statt Tauschen und auf Selbstorganisation statt Fremdbestimmung setzt, die auf gesellschaftlich notwendigen Bedarf hin spontan in der Lage ist, regional zu produzieren und zu distribuieren. Und das ohne Profit und bei tendenzieller Vernachlässigung der Warenförmigkeit des Produzierten. Ein kleiner Lichtstreif am Horizont dieser düsteren Zeit, wo das große gesellschaftlich Andere auf einmal deutlich sichtbar wird. 

**THOMAS REUCHER**

Mehr Informationen zu der Initiative unter: <https://www.makervsvirus.org/>

Der Antifa-Arbeitskreis an der HSD informiert

Kroatien ganz rechts

# Nationalismus und Ustaša-Verherrlichung

Leider muss unsere für den 30. Juni 2020 geplante Veranstaltung in unserer Reihe INPUT ausfallen. Geplant war ein Vortrag zur extremen Rechten in Kroatien. Da unser Referent aber in London lebt und seine Reise vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie mit nicht zumutbaren Auflagen verbunden wäre, haben wir die Veranstaltung abgesagt. Stattdessen hier der Versuch einer Annäherung an das Thema.

Die Messe, die Erzbischof Vinko Puljić am 16. Mai 2020 in der katholischen Kathedrale der bosnischen Hauptstadt Sarajevo abhielt, trieb Tausende auf die Straßen. Puljić hatte sich bereit erklärt, eine Ersatzveranstaltung für das jährliche Gedenken im österreichischen Bleiburg durchzuführen; dort erinnern jedes Frühjahr kroatische Nationalisten an NS-Kollaborateure von der faschistischen Ustaša, die in der Nähe des Orts von jugoslawischen Partisanen für ihre Kollaborationsverbrechen hingerichtet worden waren. Das Gedenken, an dem immer wieder auch nicht kroatische Aktivist\*innen der extremen Rechten teilnehmen, war dieses Jahr wegen der Covid-19-Pandemie untersagt worden; Puljić zelebrierte jetzt im Namen der Bischofskonferenzen Bosniens sowie Kroatiens eine Gedenkmesse und sprach sich dabei dafür aus, „alle Opfer des Zweiten Weltkriegs“ in gleichem Maße zu „respektieren“. NS-Kollaborateure respektieren? Das kam in Sarajevo, wo während des Zweiten Weltkriegs mehr als 10.000 Personen dem Ustaša-Terror zum Opfer gefallen waren, nicht gut an. Puljić waltete in der Kathedrale unter Polizeischutz seines Amtes.

Die katholische Amtskirche als Trägerin des Gedenkens an NS-Kollaborateure, als Organisatorin für Veranstaltungen der extremen Rechten – das ist in Kroatien nichts Ungewöhnliches. Bereits die historische Ustaša, die eng mit NS-Deutschland kollaborierte und dafür nach der Zerschlagung Jugoslawiens durch Berlin 1941 mit ihrem eigenen Staat, dem „Unabhängigen Staat

Kroatien“, belohnt wurde, war recht eng mit dem kroatischen Katholizismus verbandelt. Die extreme Rechte ist in Kroatien auch sonst bestens vernetzt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sie auch bei der zweiten Zerschlagung Jugoslawiens in den 1990er Jahren eine herausragende Rolle spielte. Franjo Tudjman, Gründungspräsident des neuen Kroatiens, stützte sich in den damaligen Kriegen unter anderem auf das rechte kroatische Exil vor allem in der BRD, in dem emigrierte Ustaša-Faschisten eine prägende Position eingenommen hatten, darüber hinaus aber auch auf einheimische Milizionäre, die im Kampf gegen Serbien ihrerseits zu Ustaša-Vorbildern griffen. Einer von ihnen war Marko Perković, der, um die kroatischen Milizen anzufeuern, zum Musiker wurde und mit seinen Songs, die regelmäßig kroatische Faschisten verherrlichen, rasch populär wurde. Das ist er noch heute: Zu Konzerten seiner Band Thompson kommen Zehntausende.

## „Für die Heimat – bereit!“

Unter Tudjman hat in Kroatien bereits in den 1990er Jahren eine offizielle Umwertung der Geschichte begonnen, die positive Bezüge zur Ustaša herstellt. Sie hat – so hat es der Journalist Gregor Mayer einmal beschrieben – „Eingang in die Schulbücher“ gefunden und ist heute „im Bewusstsein von weiten Teilen der Öffentlichkeit in Kroatien

stark verankert“. Schon äußerlich erkennbar wird dies an der Anwendung der Grußparole „Za dom – spremni!“, „Für die Heimat – bereit!“, die im heutigen Kroatien wieder verbreitet ist. Kroatische Fußballspieler fielen damit im Sommer 2018 während der Fußball-WM auf; Davor Šuker, der Präsident des kroatischen Fußballverbandes, hatte sich sogar am Grab von Ustaša-Führer Ante Pavelić fotografieren lassen. „Leuchtender Stern über Metković, grüß uns den Ante Pavelić“: So lautet ein beliebter Liedvers, den Perković/Thompson singt. Selbst mächtige Institutionen treiben den Revisionismus voran. So findet das Ustaša-Gedenken in Bleiburg seit 2003 unter dem offiziellen Patronat der kroatischen Bischofskonferenz statt, und mittlerweile hat noch zusätzlich das kroatische Parlament den „Ehrenschutz“ für die Veranstaltung übernommen. Anfang 2016 machte Schlagzeilen, dass Zlatko Hasanbegović zum Kulturminister Kroatiens ernannt wurde. Hasanbegović war in den 1990er Jahren Mitglied der faschistischen Partei HČSP /Kroatische Reine Rechtspartei gewesen; er war bemüht, die bosnisch-muslimische Waffen-SS-Division Handschar positiv zu bewerten. Allein Ärger aus dem Ausland kostete ihn schließlich das Amt.

Die Umwertung der Geschichte geht mit einem Erstarken des Rassismus einher, der sich in Kroatien stark gegen Serb\*innen richtet. Ein Beispiel: Im Jahr 2014 überfielen kroatische Nationalisten ein Café in Vukovar, einer Grenzstadt zu Serbien, das von Angehörigen der serbischen Minderheit betrieben und frequentiert wurde. Die Besitzer wurden schwer verletzt. Rechte Umtriebe sind mittlerweile so virulent, dass im Mai 2018 die Antirassismus-Kommission des Europarats ungewöhnlich deutliche Worte fand. In der kroatischen Öffentlichkeit nehme „rassistische und intolerante Hassrede“ massiv zu, hieß es in einem Bericht der Kommission; „Hauptziele“ bei den Attacken seien „Serben, LGBT und Roma“. Physische Angriffe auf Minderheiten würden von der Justiz meist nur als geringfügige Vergehen eingestuft. „Besonders unter jungen Leuten“ nehme der Nationalismus zu. Der Bericht bestätigt: Die extreme Rechte hat in Kroatien Konjunktur, und zwar nicht nur in subkulturellen Milieus, auch in einflussreichen Institutionen und in Staatsorganen.

Lesetipp: Jörg Kronauer: „Grüß uns den Ante Pavelić!“ In: LOTTA #76, Herbst 2019. <http://www.lotta-magazin.de/ausgabe/76/gr-uns-den-ante-paveli>

Dieser Artikel über die Kulturliste erreichte die TERZ bereits Anfang März – er entstand also vor dem CoViD-Lockdown. Es erschien uns in der April und Mai Ausgabe der TERZ angesichts der Vollsperrung sämtlicher Kulturbetriebe nicht sinnvoll, auf dieses tolle Projekt aufmerksam zu machen. Jetzt aber, wo Verhalten wieder kulturelle Teilhabe denkbar ist, drucken wir ihn ab – auch vor dem nun neuen Hintergrund, dass eine Folge der jetzigen Situation sicherlich sein wird, dass es noch mehr Menschen in unserer Stadt geben wird, die es sich ansonsten nicht (mehr) leisten können, kulturelle Begegnungsorte und Räume des kreativen Austauschs, die uns allen in den letzten Wochen so schmerzlich fehlen, aufzusuchen.

# KULTUR LISTE DUESSEL DOR

## Kulturstadt Düsseldorf aber wirklich für alle?

Ein Bericht über die Arbeit der Kulturliste Düsseldorf e. V.

**Düsseldorf rühmt sich gerne mit seiner Kunst- und Kulturszene, große Häuser, berühmte Namen und dann auch noch die Kunstakademie – als Bürger\*in weiß man gar nicht mehr wohin vor lauter Angeboten. Ob Sport, Tanz, Theater, Konzert oder Museum, jede Woche gibt es neue Ausstellungen zu bestaunen, neue Performances zu sehen, neue Gelegenheiten, sich in andere Welten entführen zu lassen und dem Alltag zu entfliehen.**

Der Alltag lässt eine\*n gar nicht so einfach los – vor allem dann, wenn der Geldbeutel nicht groß genug ist, um sich den Kulturgenuß leisten zu können. Wenn ich mich entscheiden muss zwischen Lebensmitteln und dem Gang ins Theater, dann tut es mir leid, lieber Shakespeare, wird es eher ein Butterbrot als Heinrich der Achte. „Aber, aber“, mag mancher schlaue Mensch nun sagen, „es gibt doch ganz viele Angebote in der Stadt, die

Sollten nicht alle Menschen das gleiche Anrecht auf Kultur haben?

Bei der Suche nach einer Antwort auf diese Frage gibt es einen schönen, kleinen Text von 1948, der etwas zu der Thematik beiträgt. Dieser Text ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und Artikel 27 (1) lautet wie folgt:

*Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich an den*

Ländern auch schon praktiziert (übrigens auch immer sonntags in den städtischen Museen in Düsseldorf), allerdings mit gemischten Ergebnissen. Ein Großteil aktueller Studien zeigt, dass freier Eintritt zwar die Zahl der Besuche erhöht, aber die tatsächlichen Besucher\*innenzahlen sich nicht signifikant ändern – heißt, wenn ich eh schon ins Museum gegangen bin, komme ich jetzt öfter, aber neue Menschen werden nicht wirklich – und vor allem nicht nachhaltig – erreicht.

Also kann freier Eintritt auch nicht die Antwort auf alles sein. Aber irgendwas muss man doch tun können?! Vor allem in einer Stadt, in der, laut dem städtischen Bericht zum „Monitoring zur sozialen Lage in Düsseldorf 2012 bis 2017“, jede fünfte Person in Düsseldorf als armutsgefährdet gilt – Tendenz steigend. Nur um das nochmal festzuhalten:

22 Prozent der Einwohnerinnen und Einwohner beziehen ein Einkommen, das weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung entspricht. Im Beobachtungszeitraum stieg die Quote insgesamt um 2,3 Prozentpunkte an, im Zeitraum vom Jahr 2015 bis zum Jahr 2017 um 2,0 Prozentpunkte.

In Düsseldorf leben nach letzten Zählungen ca. 642.000 Einwohner\*innen und damit 141.420 Menschen an oder unter der Armutsgefährdungsgrenze. 141.420 Menschen, die nicht mal eben Theaterkarten kaufen können oder die auch einfach andere Sorgen haben, als sich eine „kostenfreie Alternative“ zu suchen.

Genau diese Fragen zu kultureller Teilhabe und gesellschaftlicher Gerechtigkeit haben sich 2012 ein paar engagierte Menschen auch gestellt und die Kulturliste Düsseldorf e. V. ins Leben gerufen, einen gemeinnützigen Verein, dessen Motto ganz einfach lautet: Kultur für Alle!

Mittlerweile arbeitet der Verein mit über 150 Partnerorganisationen aus Kultur und Sozi-



kostenlos sind, da muss man/frau nur die Augen aufhalten.“ Und das stimmt natürlich, unsere Stadt ist bunt und divers, und es ist für jede\*n was dabei, aber trotzdem bleibt die Frage: Ist es nicht unfair, dass ich mir eine Alternative suchen muss, nur weil mir das Geld nicht so locker sitzt?

*Künsten zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Errungenschaften teilzuhaben.*

Das klingt ja schon ziemlich eindeutig ... Und jetzt? Freier Eintritt in alle Kulturhäuser? Das ist eine Idee und wird in manchen Städten und



Kontakt und Anmeldeöglichkeiten:

Web: [www.kulturliste-duesseldorf.de](http://www.kulturliste-duesseldorf.de)

Mail: [post@kulturliste-duesseldorf.de](mailto:post@kulturliste-duesseldorf.de)

Tel: 0178 2111 882

Die Vereinsgründung war 2012. Etwa 40 ehrenamtliche Mitarbeiter\*innen kümmern sich um die Vermittlungen von (seit Gründung rund 32.000) Gästelistenplätzen.

Die Kulturliste Düsseldorf e. V. ist Teil einer bundesweiten Bewegung gemeinnütziger Vereine, die kulturelle Teilhabe und sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern. Sie ist Mitglied der Bundesvereinigung kulturelle Teilhabe e. V. 

alem zusammen und bringt aktuell über 1.300 Düsseldorfer\*innen mit geringem oder keinem Einkommen in die Veranstaltungssäle unserer Stadt. Und das geht sogar ganz einfach: Die Kulturpartner geben dem Verein kostenfreie Kontingente zu Veranstaltungen, der Verein ruft seine Kulturgäst\*innen an und setzt sie nach Wunsch auf die Gästeliste, sei es in der Oper, bei der Fortuna oder im zakk, um nur drei der über sechzig Partner aus Kultur und Sport zu nennen. Alle Menschen in und um Düsseldorf, die über ein geringes oder kein Einkommen verfügen (unter 1066 netto im Einpersonenhaushalt, für Mehrpersonenhaushalte gelten höhere Grenzen) und/oder bestimmte Transferleistungen beziehen, können sich bei der Kulturliste Düsseldorf anmelden. Dazu zählen zum Beispiel Empfänger\*innen von ALG II, Sozialgeld oder Grundsicherung sowie

alle Inhaber\*innen des DüsselPasses, aber auch Studierende und Auszubildende, die BAföG bzw. Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) beziehen. Interessierte können sich privat (durch den Nachweis der Bedürftigkeit) oder über einen Sozialpartner (z. B. Caritas, Altstadt Armenküche, Diakonie oder Flingern Mobil) anmelden.

Und damit kann man jetzt das Menschenrecht auf Kultur für alle Düsseldorfer\*innen umsetzen? Sicherlich nicht. Aber die Arbeit des Vereins macht einen Anfang, baut finanzielle und emotionale Barrieren ab, berät und ist eine Lobby für Gerechtigkeit im Kultursektor. Und so hat die Kulturliste seit 2012 über 32.000 freie Eintritte zu Sport und Kultur vermittelt und bei Veranstalter\*innen und Bürger\*innen ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass Kultur nie vom Geldbeutel anhängig sein darf, weil wir alle ein Anrecht auf Kultur haben.

## #kulturfüralle ... auch für Sie!

**KULTUR LISTE DUESSEL DORF**

Wir schenken Ihnen Tickets für Düsseldorfs Sport- und Kulturszene. Kostenlos!

**Und so geht's:**

-  Anmeldeformular ausfüllen oder online anmelden.
-  Berechtigungsnachweis anfügen, DüsselPass oder Einkommennachweis bis 1066€ netto, mehr Infos auf unserer Webseite!
-  Die Kulturliste meldet sich per Telefon oder E-Mail und schlägt Ihnen Veranstaltungen vor.
-  Sie stehen auf der Gästeliste und erhalten ihr Ticket an der Abendkasse.

**Noch Fragen?**  
Wir vermitteln kostenfreien Eintritt für Kulturveranstaltungen an Menschen mit wenig oder keinem Einkommen. Für mehr Informationen melden Sie sich gerne direkt bei uns oder schauen auf unserer Webseite vorbei!

Tel: 0211 / 9339068 Mobil: 0178 / 2111882  
Mail: [post@kulturliste-duesseldorf.de](mailto:post@kulturliste-duesseldorf.de)  
Web: [www.kulturliste-duesseldorf.de/anmelden](http://www.kulturliste-duesseldorf.de/anmelden)

Theater  
Tanz  
Kabarett  
Konzerte • Museen  
Lesungen • Kino  
Kinderprogramm  
Zirkus • Oper  
Sport • Party

SOLIANZEIGE



## ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

bis Dezember 2015 *JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*

**Arbeit – Bewegung – Geschichte** wendet sich an Historikerinnen, Historiker, Studierende und historische Interessierte. Sie präsentiert Ergebnisse der Forschung zur deutschen, europäischen und außereuropäischen Arbeiterbewegung, zur Sozialgeschichte und Geschichte der Arbeitswelt, zur Geschichte demokratischer sozialer Bewegungen, zur Alltagsgeschichte u. a. m. Jede Ausgabe enthält wissen-

schaftliche Aufsätze und Mitteilungen, Beiträge zur Diskussion, biografische Skizzen, Erinnerungen, Dokumente, Berichte über Tagungen, Informationen über Projekte, Archive und Gedenkstätten sowie Buchbesprechungen.

**Arbeit – Bewegung – Geschichte** erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Berliner Metropol Verlag mit einem Jahresumfang von ca. 660 Seiten. ISSN: 2366-2387 • ISBN: 978-3-86331-281-7 • Einzelheft: 14,- Euro, zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 35 € (Ausland 45 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: [veitl@metropol-verlag.de](mailto:veitl@metropol-verlag.de)

[www.arbeiterbewegung-jahrBuch.de](http://www.arbeiterbewegung-jahrBuch.de) • [www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de)



# „Wer kämpfen kann, muss auch feiern“

## Interview mit Rock gegen Rechts

Der Ausfall einer ganzen Festival-Saison macht natürlich auch vor dem Düsseldorfer Festival „Rock gegen Rechts“ nicht halt. Die Terz sprach mit Uwe und Thomas vom Orga-Team über die Bedeutung der 2013 ins Leben gerufenen Veranstaltung und die aktuelle Situation in der mit Szene-Spots spärlich gesäten Stadt.

**T:** Vor einigen Wochen habt ihr verkündet, dass das diesjährige „Rock gegen Rechts“ ausfallen wird. Ihr wart ja vermutlich schon in den Startlöchern und hattet einiges an Planung fertig. Was bedeutet die Absage nun für euch?

Thomas: Die Planung war tatsächlich relativ weit fortgeschritten. Zum Glück haben wir noch nicht mit Haut und Haar dringesessen. Insofern ist es „nur“ der Verlust der Arbeit, die wir schon reingesteckt haben und natürlich der des Festivals selbst. Ich finde schon, dass für so eine prekäre linke Szene wie in Düsseldorf schöne große kulturelle Events, wo sich alle mal treffen und einen gemeinsamen Ausdruck hinbekommen, total wichtig sind. Auch, um auf andere auszustrahlen. Das nun das „Rock gegen Rechts“ ausfällt, ist ein Verlust für die linke Szene allgemein.

Uwe: Nicht nur für die linke Szene. Wir haben es ja auch geschafft, die Bürgerlichen mit einzubeziehen. Für die ist es wahrscheinlich genauso blöd, dass es ausfällt. Wir haben jedenfalls zum Glück noch keine Verträge unterschrieben, Kosten haben wir so gut wie keine.

**T:** Schiebt ihr nun einfach alles, was ihr dieses Jahr vorhattet, ins nächste Jahr?

Tho: Unser Termin steht ja: am ersten Samstag im August ist „Rock gegen Rechts“. Sobald Corona es zulässt, werden wir es dann machen. Mit den Bands müssen wir halt gucken, welche Bands im nächsten Jahr welche Festivals spielen und dann auch zu uns kommen können.

U: Wir hoffen einfach mal, dass die Bands, die dieses Jahr spielen sollten, auch im nächsten Jahr können. Das wäre für uns die einfachste Option.

**T:** Habt ihr denn was vor, was ihr dieses Jahr trotz Corona noch machen wollt? Einen Livestream vielleicht?

U: Wir haben uns überlegt, dass wir – falls möglich – kleinere Konzerte im Pitcher oder im Tube zu veranstalten. Damit haben wir auch schon gute Erfahrungen gemacht. Aber ein Livestream ist

viel Arbeit ... da müssen wir abwarten, wie sich das entwickelt.

Tho: Jetzt, wo das AK47 den ersten eigenen Livestream erfolgreich gemacht hat, steht dem eigentlich nichts mehr im Wege. Für uns stellt sich natürlich die Frage, wie man mit so einer kulturellen Lücke umgeht, die da entstanden ist. Gerade im Kulturbereich gibt es so viele prekäre Institutionen, Künstler\*innen, selbstorganisierte Kultur, Off-Kultur ... Ein positives Beispiel für Ideen aus der alternative Szene ist z. B. die Club-Szene in Berlin, die über Streaming mehrere Hunderttausend Euro einsammeln konnte, um die Clubs und DJs zu unterstützen...

**T:** Dauerhaft die Künstler\*innen durchzubringen, ist darüber aber sehr schwierig, das sind ja oft einmalige Spendenaktionen.

U: Ich denke nicht, dass es unsere Aufgabe als Festival sein sollte, über so einen Streamingdienst die Künstler\*innen am Kacken zu halten. Eher muss es darum gehen, den Leuten Ersatz für's Festival zu bieten. Und auch denjenigen, die nun mit Corona-Verschwörungstheorien ankommen, etwas entgegenzusetzen. Mit den Corona-Leugner\*innen hätten wir also eigentlich gerade einen guten Grund für ein „Rock gegen Rechts“.

**T:** Seht ihr das auch als einen Grund, das Festival zu machen: Ein Zeichen zu setzen gegen die extreme Rechte in Düsseldorf und Umgebung? Oder ist es, wie Du eben auch beschrieben hast, ein Wohlfühl-Festival für die Düsseldorfer Szene?

Tho: Na beides. Wir wollten eindeutig ein antisassistisches Signal in die kulturelle und politische Öffentlichkeit hinein setzen. Das haben wir in



Form von Info-Ständen oder Ansagen auf der Bühne auch immer gut rübergebracht.

U: Wer kämpfen kann, kann auch feiern – und muss es auch.

⚡: Wie seid ihr denn auf die Idee gekommen, das Festival zu machen?

U: Es ist aus der Situation heraus entstanden, dass die Rechte in Düsseldorf immer stark war, aber kulturell kein Zeichen dagegensetzt wurde. Und es sollte die Linken und die Bürgerlichen zusammenbringen.

Tho: Es gab natürlich auch vorher Initiativen gegen Rechts und auch kulturelle Events. Z. B. das Edelweißpiraten-Festival im Zakk. Aber das „Rock gegen Rechts“ sollte noch mal explizit einen Bündnis-Charakter und sowohl politisch als auch musikalisch eine ganze Spannweite aufweisen. Es sollte ein großes, offenes und partizipatives Festival sein, das es so noch nicht gab.

U: Und dazu kommt die Tradition: das erste „Rock gegen Rechts“ gab es 1979 in Frankfurt. So lange hält sich diese Bewegung schon in verschiedenen Ausprägungen bundesweit.

⚡: War es schwierig, hier in der Stadtgesellschaft aufgenommen zu werden? Wie läuft die Kommunikation mit der Politik?

Tho: Grundsätzlich hat es keine größeren bürokratischen Hürden gegeben. Politisch ist es nicht immer gern gesehen, es war nicht immer wohlgefallen in der konservativen Ecke. Auch die Förderung durch die Stadt wurde erst in den letzten Jahren etwas angezogen.

⚡: Nach welchen Kriterien sucht ihr denn die Bands aus? Schaut ihr da ganz genau nach der politischen Haltung?

U: Unser Bestreben ist, dass es Bands mit einer politischen Aussage sind, die auch eine gute Stimmung rüberbringen. Uns ist besonders wichtig, dass es nicht nur Punkrock ist, auch wenn es in dem Bereich die meisten Bands gibt, die was zu bieten hätten. Wir versuchen auch, möglichst einen internationalen Charakter zu haben und es muss eine Stimmung geben, die die Leute zum Beben bringt. Es schreiben uns auch immer mehr Booking-Agenturen an, das erleichtert die Sache.

Tho: Ansonsten – wir achten schon darauf, dass es eine antirassistische Message gibt und die Stoßrichtung klar ist. Wir sind aber nicht die Gesinnungsprüfer\*innen der Bands. Auch Bands haben Entwicklungen vorzuweisen, was ihre politische Meinungsbildung und Äußerungen angeht. Die Bandauswahl entspricht der politischen Breite dieses Festivals.

U: Es kann auch sein, dass Bands auf dem Festival einen Denkanstoß bekommen oder in Diskussionen verwickelt werden, wenn ein Text mal nicht okay ist.

⚡: Ihr nehmt keinen Eintritt. Hattet ihr mal überlegt, dass ein Hut rumgeht oder so?

U: Die Planung war nie auf Eintritt ausgelegt. Wenn die Leute spenden wollen, können sie das gerne machen.

Tho: Wir sind auch darauf angewiesen! Ohne die Spenden geht es überhaupt nicht.

U: Für dieses Jahr hatten wir schon Spendendosen besorgt, um unsere Leute damit rumzuschicken.

Tho: In den vergangenen Jahren haben wir das auch im Vorfeld gemacht, z. B. Spendendosen in Kneipen aufgestellt. Eigentlich spenden auch immer superviele linke Vereine und Gewerkschaften, oder Düsseldorfer Bands haben größere Beträge gespendet. Neben der kommunalen Förderung ist das das wichtigste Standbein.

⚡: Wie schätzt ihr die Kultur nach Corona ein?

Tho: Für all das, was in Düsseldorf über Corona an Kultur wegbricht – Künstler\*innen, die nicht weitermachen können, Orte, die dichtmachen müssen – die ganze Kultur- und Gastronomieszene ist ja im weitesten Sinne betroffen – muss man sich als Stadt und als Gesellschaft überlegen, wie man diese relevante Infrastruktur aufrechterhält. Wir sind als „Rock gegen Rechts“ stark dafür, ein Wiederaufbauprogramm loszutreten, damit Investitionen in diesen Bereich fließen und nicht nur Wirtschaftsprogramme gestartet und Fluggesellschaften gerettet werden. Partizipative Angebote oder „Umsonst und Draußen“-Veranstaltungen sind wichtiger denn je, denn sie stehen ja auch ein bisschen für das Gemeinwohl, dass wir als Gesellschaft fernab von Marktlogik und kapitalistischer Verwertung aufbauen wollen.

⚡: Eine Hoffnung ist ja, dass die Leute momentan merken, was sie eigentlich an der Kultur haben, jetzt wo sie fehlt. Und dass sie, wenn die Einschränkungen aufgehoben sind, Corona eingedämmt ist, ausströmen und die Programmkinos, die Kleinkunsthöhlen und Konzerte bevölkern.

Tho: Die erste Party wird wild!

U: Wir wissen noch nicht, wann sie kommt, aber sie wird kommen!

⚡: Lieben Dank, dass ihr euch Zeit genommen habt für das Interview.

Ihr findet „Rock gegen Rechts“ im Netz unter <https://rock-gegen-rechts-duesseldorf.de/> oder auf facebook: <https://de-de.facebook.com/rockgegenrechts.duesseldorf/>

## 1 Day of Peace & Music: „Betrayers of Babylon“ beim RgR 2017





# Who cares?

## Wer kümmert sich ums Kümmern und was das mit Freiheit macht

Von „Pflege-Ketten“ (care chains) sprechen Gesellschaftswissenschaftler\*innen und verweisen darauf, dass auch Menschen in Pflegeberufen oder als Sorgende im Privaten Unterstützung, mitunter Fürsorge brauchen.

Das schafft Abhängigkeiten in einem Teil unseres Lebens, der uns in jedem Alter begleitet, ganz gleich wo wir sozial stehen: Bei Geburt und Älterwerden, Krankheit, Leben mit Kindern, an allen Ecken des Alltags, ob Haushalt oder „Arbeitsplatz“. Wie darin Geben und Nehmen verteilt sind und wie sich das fair oder für alle nachhaltig gestalten lassen kann, beschreibt das Buch „Equal Care“ von Almut Schnerring und Sascha Verlan. Ihre Beobachtungen und Vorschläge dürften akut auf ein geschärftes Bewusstsein für Wert und Wertschätzung von „Kümmernerarbeit“ stoßen. Auch wenn das Thema bereits vor SARS-CoV-2 als „dringend“ auf der Agenda von Umverteilungs-Konzepten stand, treten traditionelle Schieflagen und neue Ungleichheiten jetzt noch einmal deutlicher hervor.

Denn Care- oder Fürsorge-Arbeit ist das Zentrum der Gesellschaft und die Basis jeder Ökonomie. Sie ist oft unsichtbar, in der Regel kaum durch Technik ersetzt oder rationalisierbar, und sie wird zu 80 Prozent von Frauen erledigt. Sie führt, dem Gender Care Gap sei „Dank“, zu einer geringeren Rente derjenigen, die sie ausführen. Schließlich erfährt sie allgemein, egal ob sie bezahlt wird oder nicht, wenig Wertschätzung. Ein gutes Drittel aller berufstätigen Frauen ist im Care-Sektor tätig. Die Arbeitsbedingungen sind dort oft schlecht und lassen wenig Selbst-Sorge zu. Diese geschlechtsspezifische Zuweisung – es gibt z.B. 2,6 Millionen Alleinerziehende, 2,2 Millionen davon sind Frauen – hat auch viel mit dementsprechend hinleitender Erziehung zu tun, die bereits bei Kleinkindern einsetzt. Der „Care Gap beginnt im Kinderzimmer“, so die Autor\*innen in ihrem zweiten Kapitel.

So lassen sich die mit etlichen Zahlen unterfütterten Hauptthemen des Buches »Equal Care« zusammenfassen. Verlan

und Schnerring, die 2014 das immens erfolgreiche Buch »Die Rosa-Hellblau-Falle. Für eine Kindheit ohne Rollenklischees« verfasst haben, wollen mehr Wertschätzung für Care. Sie streiten für eine andere Erziehung und eine fürsorglichere Arbeitswelt. Ihre zentrale These lautet, dass es Emanzipation nur geben wird und kann, wenn die Sorgearbeit gesellschaftlich und privat mehr und neu zwischen Frauen und Männern umverteilt wird. Dazu gehört auch, die Spielregeln und Praxis bewusster oder unbewusster geschlechtlicher Normierung durch und in Erziehung unter die Lupe zu nehmen, Gendermarketing und die große Bedeutung von Sprache zu untersuchen und kritisch zu hinterfragen. Sprache bestimmt und strukturiert das Denken, sie lenkt die Assoziationen und Gefühle.

Ein Denken in Care-Belangen und -Anliegen führt auch zu einem anderen, *erweiterten* Begriff von »Politik«, der die bisherige Aufteilung von »privat« und »öffentlich« anders denkt. Verlan und Schnerring nennen ihre Utopie oder ihr Leitbild eine »fürsorgliche Demokratie«.

Ihr Buch ist wirklich sehr anschaulich und verständlich geschrieben, und das ist, jenseits der Behandlung des Themas an sich, seine große Stärke. Schwächen des Buches zeigen sich vor allem bei Fragen der Machtverhältnisse: Wer profitiert von

Almut Schnerring  
Sascha Verlan

# EQUAL CARE

ÜBER FÜRSORGE UND GESELLSCHAFT

der Situation? Warum ist sie überhaupt so, wie es die beiden Autor\*innen ja gut und zutreffend beschreiben? Am Beispiel der Ökonomisierung des Gesundheitswesens und anderer Entwicklungen wird deutlich, dass der Staat durchaus kein neutraler Akteur ist. Ist der von ihm aufrechterhaltene ökonomische Gender Gap doch durchaus klar als eine Grundlage des zeitgenössischen kapitalistischen Wirtschaftssystems zu identifizieren. Hier fehlt Verlan und Schnerring für einen radikalen Blick ein wenig der Biss, mit dem sie an anderer Stelle Machtverhältnisse etwa in der Ungleichverteilung von Sorge-Aufgaben und -Arbeit zwischen den Geschlechtern beschreiben. Ihr Resümee bleibt am Ende vor allem ein Praktisches, für Politik und Praxis aller Beteiligten, wenn sie im letzten Kapitel zusammengefasst umreißen, was »Equal Care« bedeuten würde, was noch alles zu tun ist und wie viel noch geändert werden muss. Insgesamt ein wichtiges Buch zu einem umso wichtigeren Thema.

BERND HÜTTNER

Sascha Verlan / Almut Schnerring: Equal Care – Über Fürsorge und Gesellschaft, Verbrecher Verlag, Berlin 2020, 160 Seiten, 16 EUR.

SOLIANZEIGE



[www.fiftyfifty-galerie.de/projekte](http://www.fiftyfifty-galerie.de/projekte)

Bitte spenden Sie.  
asphalt e.V./fiftyfifty, DE35 3601 0043 0539 6614 31

**fiftyfifty**  
Straßenmagazin/Galerie

„Karussell der Erinnerung“ **Online-Aufführungen** Mi., 03.06. und Mi., 10.06., 19:30 bis 21h, Teilnahme ist nur nach vorheriger Anmeldung unter [theaterkunst.koeln@gmail.com](mailto:theaterkunst.koeln@gmail.com) möglich, man erhält dann einen Online Zugang zur Aufführung. Das Theaterstück basiert auf behördlichen und privaten Dokumenten des Erinnerungsortes Alter Schlachthof sowie aktuellen Äußerungen von Edith Bader-Devries, die mit sechs Jahren über den ehemaligen Schlachthof in das Ghetto und KZ Theresienstadt deportiert wurde und heute in Düsseldorf lebt.

#### Literando – der literarische Lieferdienst

Do., 04. bis So., 07.06., Zeit&Locations siehe [zakk.de](http://zakk.de). Lesungen auf Privatbalkonen statt Lesezelt auf dem Bücherbummel – denn auch der fällt in diesem Jahre CoVID-bedingt aus. Das Lesezelt, das den Passant\*innen ungezwungene Begegnungen mit Prosa, Lyrik und Musik ermöglichte und Künstler\*innen aus Düsseldorf und der Region eine Bühne bot, soll in diesem Jahr zu einem literarischen Lieferdienst werden. „Wenn die Menschen nicht zu den Lesungen kommen können, kommen wir eben zu ihnen“, beschreibt Christine Brinkmann vom Zakk die Idee. Daher wurden Balkone in Düsseldorf gesucht, auf denen halbstündige Lesungen für die Nachbarschaft durchgeführt werden können. Über das Zakk oder Literaturbüro wird bekanntgegeben, wann und wo gelesen wird – vielleicht ja auch in deinem Hinterhof.

#### Das Jahr 1945 im Spiegel von Walter Kempowskis »Echolot«

Sa., 06.06., Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstr. 90, 19:45, Anmeldung erforderlich: 0211/1699111 oder per E-mail [info@g-h-h.de](mailto:info@g-h-h.de). 2020 liegt das Ende des Zweiten Weltkrieges 75 Jahre zurück. Die allermeisten Menschen der Gegenwart können daran keine persönliche Erinnerung mehr haben. Die Realität von Krieg, Flucht und Vertreibung, Hunger, Angst um nahestehende Menschen und vielerlei Grauen scheint damit wenigstens hier in Deutschland sehr fern zu sein. Damit geht auch die Gefahr des Vergessens oder der Verharmlosung einher. Die Veranstaltungsreihe des Literaturbüros – die immer um 19:45 Uhr beginnt – will daher das unmittelbare Erinnern von Menschen im Jahr 1945 nachfühlbar machen. Tagebücher, die damals geführt wurden, werden vorgestellt und Auszüge daraus gelesen. Diesmal Walter Kempowskis »Echolot«: Das NS-Regime, der Zweite Weltkrieg und die Zerstörung seiner Heimatstadt Rostock prägten Kempowskis (1929–2007) Kindheit und Jugend. 1948 wurde er in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone wegen Spionageverdachts verhaftet und verbrachte acht Jahre im Zuchthaus. Nach der Entlassung baute Kempowski sich in der Bundesrepublik ein neues Leben auf und veröffentlichte ab 1969 autobiografisch geprägte Romane, aus denen seine vielbändige »Deutsche Chronik« wurde. In den 1970er-Jahren begann er, systematisch Zeitzeugnisse aus den Kriegsjahren zu sammeln. Er verband tausende Seiten ungefilterte Gegenwartswahrnehmung von bekannten und unbekannt Menschen innerhalb und außerhalb Deutschlands zu seinem vielstimmigen »Echolot«. Dieses unvergleichliche Riesenwerk stellt der Literaturwissenschaftler Prof. Dr. Michael Braun im Rahmen der Düsseldorf Literaturtage vor.

#### Und morgen eine neue Welt:

#### Der große Friedrich-Engels-Roman

Di., 09.06., Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstr. 90, 19h, Anmeldung erforderlich: 0211/1699111 oder per E-mail [info@g-h-h.de](mailto:info@g-h-h.de). Buchvorstellung mit Tilmann Röhrig. Zeitlebens ist Friedrich Engels ein Mann voller Widersprüche. Er ist Gelehrter und Frauenheld, Revolutionär und Fabrikant. Erfolgreich führt er die Fabrik seines Vaters in England und ist dennoch einer der großen Vordenker des Kommunismus. Für Karl Marx war er nicht nur enger Freund und Impulsgeber, sondern auch unverzichtbarer Mäzen. Durch die Irin Mary Burns lernt Friedrich Engels das elende Leben der Arbeiter kennen – und findet in ihr die Liebe seines Lebens. Tilmann Röhrig fächert in seiner Romanbiographie die entscheidenden Jahre im Leben Friedrich Engels auf, dessen Geburtstag sich im Jahr 2020 zum 200. Mal jährt. Moderation: Michael Serrer, Literaturbüro NRW.

Es sind immer noch keine wirklichen **Cultigen Zeiten** und die Veranstaltungslage im Dorf ist noch mau – auch wenn Kneipen und Kino und auch erste Veranstaltungsorte bereits öffnen können – aber unter den Bedingungen der neuen „Normalität“ nur mit Vermummung, Anmeldung und Adressangaben. Macht selbst was aus diesem Sommer!

#### Dieter Forte zum Gedenken

Mi., 10.06., Palais Wittgenstein, Bilker Str. 7–9, 19:30, Anmeldung erforderlich: 0211/8992902 oder [heineinstitut@duesseldorf.de](mailto:heineinstitut@duesseldorf.de)

Der große Düsseldorfer Autor Dieter Forte verstarb im letzten Jahr. Er wäre am 14. Juni 2020 85 Jahre alt geworden. Das Heinrich-Heine-Institut Düsseldorf bewahrt seinen Gesamtnachlass. Mit dem nordrhein-westfälischen Verband deutscher Schriftsteller\*innen (VS NRW) möchte das Heine-Institut an diesen bedeutenden Schriftsteller erinnern, zwei Autoren des VS, Vera Henkel und Jan Michaelis, werden Exemplarische aus Forte-Schriften und eigene Texte als Hommage lesen. Henkel steuert einen Text zur Schriftstellerei unter dem Impuls der Lektüre von Dieter Forte bei. Jan Michaelis zeigt mit dem Auszug „Die Kellerlokale ...“ aus Dieter Fortes Roman „In der Erinnerung“ und seinem eigenen Text „Rock ‘n Roll“ aus „Mordbrücke“ im Vergleich, wie die 1950er Jahre in Düsseldorf dargestellt werden. Dazu wird Dr. Enno Stahl (Heinrich-Heine-Institut) ein Gespräch mit Jürgen Hosemann, dem langjährigen Lektor von Dieter Forte, führen. Außerdem wird Jens Prüss den jüngst erschienenen Band „Ich schwimme gegen den Strom: in der Erinnerung an Dieter Forte. Ein Lesebuch“ vorstellen.

#### Oberbürgermeisterkandidaten/-innen stellen sich

Online-Veranstaltung am Di., 09.06., ab 20h, die Übertragung aus dem Henkelsaal erfolgt über diverse Internetkanäle, und auch auf der Facebookseite des Gastgeber, der Düsseldorf Jonges Selbstpräsentation der sich im September zur Wahl stellenden Kandidat\*innen ohne nerviges Publikum, die Moderation übernimmt Moritz Döbler von der Rheinischen Post. Wir haben ja sonst nix vor in der „neuen Normalität“.

#### Familien-Sommertheater in Volksgarten

Immer sonntags vom 07.06. bis 19.07., immer 15h (bei Regen fällt die Vorstellung aus), Bürgergarten neben dem Akki-Haus, Eintritt frei, aber Anmeldung erforderlich: jeweils frühestens zwei Wochen vorab werden Anmeldeformulare freigeschaltet, pro Anmeldevorgang bis zu zwei Erwachsene und drei Kinder, die als eine Kleingruppe in einer „Insel“ auf der Wiese sitzen werden.

Ein Vorhang zwischen zwei Bäumen und das Theatervergnügen für die ganze Familie unter freiem Himmel beginnt. Professionelle Theatergruppen aus ganz Deutschland sorgen an sieben Sonntagen für ein abwechslungsreiches Programm. Details unter <https://www.akki-ev.de/event/sommertheater-im-park-4>

ANZEIGE

komma  
www.komma-duesseldorf.de

#### Subjekt und Objekt. Foto Rhein Ruhr

Ausstellung bis 16.08., Kunsthalle, Grabbeplatz 4, Di. bis So. + Feiertags 11 – 18h

Die Ausstellung „Subjekt und Objekt – Foto Rhein Ruhr“ betrachtet die Bezüge der unterschiedlichen fotografischen Positionen, die sich im Gebiet der rheinländischen Metropolen sowie dem Ruhrgebiet und den dort ansässigen Kunsthochschulen seit den 1960er-Jahren herausgebildet haben. Die Ausstellung vereint zentrale Positionen dreier Künstler\*innengenerationen und zeigt die Gemeinsamkeiten und Unterschiede ihrer künstlerischen Ansätze. Mit rund 100 Künstler\*innen und mehr als 600 Werken.

#### Einige waren Nachbarn:

#### Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand

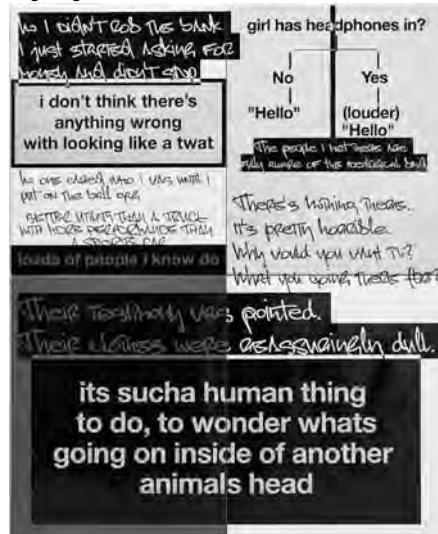
Ausstellung bis 21.06., Mahn- und Gedenkstätte, Mühlenstr. 4, Di. – Fr. + So. 11–17h, Sa. 13–17h, Eintritt frei

Die Wanderausstellung des United States Holocaust Memorial Museum befasst sich mit einer der zentralen Fragen zum Holocaust: Wie war der Holocaust möglich? Die Rolle von Adolf Hitler und anderer nationalsozialistischer Führer ist unbestreitbar, aber sie waren von unzähligen anderen abhängig. Welche Rolle spielten die gewöhnlichen Menschen? Warum haben so viele die Verbrechen der Nationalsozialisten unterstützt oder geschwiegen? Warum haben so wenige den Opfern geholfen? Die Erkenntnis, dass der Holocaust möglich wurde, weil Menschen in Deutschland und ganz Europa aus verschiedenen Gründen motiviert waren, dem Völkermord zuzustimmen oder daran mitzuwirken, ist entscheidend, um Lehren aus dem Holocaust zu ziehen. Der Holocaust erinnert uns daran, dass das Undenkbare immer möglich ist. Er erinnert uns auch daran, dass Individuen mehr Macht haben, als sie vielleicht wissen – zum Guten oder zum Schlechten. Die Ausstellung soll dazu anregen, über eigene Einflussmöglichkeiten für eine bessere Zukunft nachzudenken.

#### Nora Turato: What do you make of this?

#### Did you make this up?

Ausstellung bis 26.07., Sammlung Philara, Birkenstr. 47, Mo. – So. 14 bis 18h, Eintritt derzeit kostenlos! Nora Turato verwendet Sprache: in ihren Videos, skulpturalen Installationen, Künstler\*innenbüchern, Wandgemälden und Spoken Words Performances überlagert sie phonetische, semantische sowie bildliche Qualitäten von Sprache. Aus dem alltäglichen Tohuwabohu des Informationsflusses aus Presseaufnahmen, Chatverläufen, Untertiteln und Werbebotschaften entnimmt sie Satzfragmente und verdichtet diese zu einem sprachlich-visuellen Geflecht. Was die Künstlerin tagtäglich umspült, fließt auch in ihre Arbeit ein, da ist sie demokratisch. Die entstehende Parallelität reflektiert ein Netzwerk aus sozialen Beziehungen, Vermarktungsstrategien, Konsumhaltungen und ihrer eigenen Subjektivität. Neben dem Einsatz und Umgang mit Typographie verwendet Turato auch ihre Handschrift als typographische Formel. Die Handschrift bildet ein persönliches, visuelles Signum, welches im digitalen Schriftverkehr zu verschwinden droht. Sie porträtiert ein Zeitalter, in dem Sprache von ihrer informativen Funktion zum deformativen Getöse geworden ist. Nora Turato wurde 1991 in Zagreb geboren und lebt und arbeitet in Amsterdam.



(c) Nora Turato



# HINTERHOF

LINKES ZENTRUM

Im Linken Zentrum Hinterhof versammelt sich normalerweise ein breites Spektrum linker Gruppen. Aktuell ist nicht nur pandemiebedingt geschlossen, auch eine Renovierung war und ist geplant. Also haltet die Augen und Ohren offen, wie hier weitergeht!

**Unterstützt den Hinterhof! Spendet an:**  
KUPO e.V.  
IBAN: DE44 3005 0110 1004 7814 88 |  
Stichwort: Hinterhof  
Kontakt: [info@linkes-zentrum.de](mailto:info@linkes-zentrum.de)

**Lebensmittelausgabe fiftyfifty und zakk!**  
Noch bis mindestens Mitte Juni wird weiterhin Dienstag bis Freitag von 13h bis 15h die Abholung für Alle von kostenlosen Lebensmitteln im ZAKK-Biergarten ermöglicht. Und da inzwischen auch das Kulturprogramm langsam wieder starten darf, wird es ab dann ggf. ein Tag weniger werden oder zu geänderten Zeiten angeboten. Das Projekt soll jedoch nur langsam auslaufen, denn es soll sichergestellt werden, dass die Bedürftigen neue Anlaufstellen vermittelt bekommen, denn noch viel weniger als das Virus ist die Armut aus der Welt.

### APK SoliSampler für Freiräume in Düsseldorf

SoliSampler für Freiräume in Düsseldorf (<https://soli-apk.bandcamp.com/releases>), von der Szene für die Szene. Mit diesem Soli Sampler möchten das Anarchistische Projekt Kollektiv (APK) Freiräume in Düsseldorf im Corona Lockdown unterstützen, mit Bands aus der Szene für die Szene wie Blue Chips To Eat, Blut Hirn Schranke, Cocktailbar Stammheim, Die Freundin Von, Die Schwarzen Schafe, Dr. Dreck, Ein Sommer im Keller, GestanK, Kotwort, Laserschelle, Los Gringos, marode, MyTerror, Oiro, Scherben, Selfie mit Stalin, Sniffing Glue, Subversive Brats, Tanzpalast Eden und Theilen.

Die Idee ist: ihr zahlt nur fünf Euro oder besser noch (wenn möglich) mehr, alle Einnahmen werden an folgende Läden verteilt:

K4 / Kulturbüro Kiefernstrasse  
LZ / Hinterhof - Linkes Zentrum

V6 / FAU (Freie ArbeiterInnen Union Düsseldorf) Lokal  
Also, hört rein, habt Spaß, verbreitet die Info und werft euren Läden etwas in den Hut – denn dort werden wir uns wiedersehen, wenn die Zeiten wieder anders werden! Vielen Dank an alle beteiligten Bands!  
<https://apkddorf.blackblogs.org>



# TERZ BRAUCHT DICH! DU meldest Dich wenn du ...

[terz@free.de](mailto:terz@free.de)

- ... **schreibst ?**  
Artikel · Berichte · Journalistisch
- ... **layoutest ?**  
Zeitung · Anzeigen · Titel
- ... **webst ?**  
Seitenlayout · Seitenpflege
- ... **fotografierst ?**  
Aufmacher · Vor Ort
- ... **illustrierst ?**  
Karikaturen · Titel · Infografiken
- ... **korrigierst ?**  
Rechtschreibung · Zeichensetzung · Stil
- ... **akquirierst ?**  
Anzeigen · Spenden · Abonent\*innen
- ... **organisierst ?**  
Leute · Büro · Material
- ... **computerst ?**  
Hardware · Software · Netzwerk
- ... **vertriebst ?**  
Abholung · Auslieferung · Mobil
- ... **uswterst ?**

ANZEIGE

## zakk... Juni 2020

**Düsseldorfer Literaturtage**  
Di 2.6. Thorsten Nagelschmidt  
"Arbeit" ist der erste große Berlin-Roman des 21. Jahrhunderts\* (SZ) • 20 Uhr • VVK € 12  
Mi 3.6. Fritz Eckenga  
"Am Ende der Ahnenstange"- Geschichten vom Wutbürgersteig • 20 Uhr • VVK € 17  
Fr 5.6. Zwischenruf Poetry Slam  
Live-Stream mit Publikum • 19 Uhr • VVK € 15  
So 7.6. Jo Schück  
Der Moderator von "aspekte" mit Geschichten über Freundschaft • 20 Uhr • VVK € 12

**Im zakk und Biergarten**  
So 14.6. Heinrich Heine Salon Matinee  
Olaf Cless liest aus dem Werk von Dieter Forte • 11 Uhr • VVK € 5  
Di 16.6. Looters Impro Online  
Interaktive Zoom-Session mit vier Tatverdächtigen im Chat • 20 Uhr • VVK € 5  
So 21.6. Poesieschlachtpunktacht  
Der Düsseldorfer Poetry Slam, moderiert von Markim Pause • 20 Uhr • VVK 3,50  
Di 23.6. Frischfleischcomedy  
Jens Heinrich Claassen brennt darauf, den Nachwuchs vorzustellen • 20 Uhr • VVK € 8,50

**Stadtrundgänge - zakk on Tour**  
Sa 6.6. Zwischen Stahlindustrie und Hausbesetzung  
Treffpunkt: zakk • 14 Uhr • Eintritt frei  
Sa 13.6. Vom Lierenfelder Bahnhof bis zur Fortuna  
Treffpunkt: Ronsdorfer/Gruitener Str • 14 Uhr  
Sa 20.6. Vom Flinger Broich bis zum Uhrenturm  
Treffpunkt: Flinger Broich 12 • 14 Uhr • Eintritt frei  
Alle Stadtrundgänge nur mit Anmeldung:  
[stadtteufuehrung@zakk.de](mailto:stadtteufuehrung@zakk.de)

# K4

Kulturbüro Kiefernstrasse

# V6

vsechs.blogsport.eu

## HINTERHOF

LINKES ZENTRUM

### SOLI SAMPLER

**APK** Von der Szene für die Szene - zum Erhalt linker Strukturen! Für mehr Freiraum - gegen Überwachungswahn!